

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfun“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Blumstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstraße 5; Mollhassstraße 100; sowie durch alle Ausräger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus für ein Jahr 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. für die Post. Einzelhefte 2,10 Rmt. Durch die Post einzchl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21232, Redaktion: 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. kleine Anzeigen pro Wort: 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blumstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Hilfe für Oesterreich grundtätlich beschlossen

Einigung im Finanzkomitee erzielt — Buresch will erst die Zustimmung der österreichischen Parteien

Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat am Samstag seine Arbeiten zur Unternehmung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Oesterreichs und ihrer Abhilfe beendet. Es wurde eine Einigung über die Vorschläge des Bundeskanzlers Buresch bezüglich der Sparmaßnahmen als auch bezüglich der Hilfsmittelgewährung erzielt. Außerdem hat sich der Bundeskanzler Buresch, zunächst über das Ergebnis der Verhandlungen mit den österreichischen Parteien zu verhandeln. Vorher keine endgültige Entscheidung über die Annahme des Kommissars getroffen werden. Das Komitee wird dem Rat über das Ergebnis der Verhandlungen einen Bericht vorlegen, in dem die baldige finanzielle Hilfe besprochen wird. Im einzelnen erklärte Bundeskanzler Buresch vor dem Komitee: Die österreichische Regierung sei entschlossen, das Gleichgewicht im Budget herzustellen und alle notwendigen Maßnahmen im Interesse des österreichischen Kredit- und Geldwesens durchzuführen. Sie beabsichtige, die bereits eingeleitete Ersparungsaktion noch in diesem Jahre nachdrücklich fortzusetzen. Im Budget für das Jahr 1932 würden die Ausgaben 1900 Millionen Schilling nicht überschreiten und außerdem 100 Millionen für kurzfristige Verpflichtungen abgedeckt werden. Die Einnahmen würden mit rund 2000 Millionen Schilling veranschlagt werden, wobei auf den Rückgang der Einnahmen in Folge der Wirtschaftskrise entsprechend Rücksicht genommen werde. Bei der Lage der Staatsfinanzen werde notwendig sein, daß Eisenbahn und Post im nächsten Jahre auf Aufwand selbst denken. Die Regierung beabsichtige, in Zusammenarbeit mit dem Völkerbund ein Sachverständigen-Komitee über das Bahnwesen zu veranlassen. Die notwendige Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt der Länder und Gemeinden werde ähnliche Maßnahmen, wie sie im öffentlichen Budget vorzusehen würden, und auch ähnliche Ersparungsmaßnahmen erfordern. Die Regierung werde sich mit den autonomen Körperschaften über die erforderliche Kontrolle ihrer Kreditnahme verständigen. Die Regierung werde ferner mit Rücksicht auf die Garantie, die sie für die Kreditanstalt übernommen habe, auf eine angemessene Herabsetzung der Verwaltungskosten drängen. Sie wolle die Bankengesetzgebung einer Revision unterziehen. Mit der Rationalisierung werde die Regierung ein Einvernehmen darüber herbeiführen, daß ein Berater für so lange bestellt werde, als der Völkerbund dies für notwendig erachte. Der Bundeskanzler hat schließlich das Finanzkomitee zur Mitarbeit bei der Durchführung dieser finanziellen und wirtschaftlichen Pläne der Regierung ein. Zunächst bedürfe die österreichische Regierung einen Kredit von 250 Millionen Schilling.

125 Millionen für die Ansiedlung von Wohlfahrtserwerbslosen

Der Reichsfinanzminister wird zur Durchführung der geplanten Ansiedlung von Wohlfahrtserwerbslosen einen Betrag von 125 Millionen Mark in größeren Raten zur Verfügung stellen. Die Verordnung über den Siedlungsplan selbst dürfte nach dem 20. September mit den übrigen in Aussicht genommenen Verordnungen erscheinen.

Strafrechtsausschuß verlagert

Nazis verhindern Tagung des Wohnungsausschusses

Auf Wunsch mehrerer Parteien hat der Vorsitzende des Strafrechtsausschusses des Reichstags, Geheimrat Professor Kahl, die für den 22. September anberaumte Sitzung des Strafrechtsausschusses bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags verlagert. Der Wohnungsausschuß des Reichstags, der zur Beratung des Wohnungsmittelangeleges zusammentreten sollte, kann nicht tagen, da der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Fabricius, der Vorsitzende ist, sich weigert, den Ausschuß einzuberufen.

Schon Haftentlassungen von Heimwehrführern

In Steiermark dagegen neue Verhaftungen — Weitere Helden flüchten

Wien, 17. September (Eigener Drahtbericht.) In Linz wurden am Donnerstag mit Ausnahme von Starhemberg und Generalmajor Puchmann alle im Zusammenhang mit dem Heimwehrputsch Verhafteten auf freien Fuß gesetzt; auch Graf Coreth, in dessen Schloß Starhemberg verhaftet wurde, ist aus der Haft entlassen worden. Ob die Untersuchung gegen die habsburgischen Putschisten weitergeführt wird, ist amtlich bisher nicht mitgeteilt worden. Die Entlassung wird damit begründet, daß die Heimwehr des Ortes Kirchdorf, von wo aus der oberösterreichische Putsch ausging, angeblich nicht Starhemberg und seinem Anhang unterstehe, sondern der steirischen Heimwehrleitung.

In Graz wurden dagegen am Donnerstag wieder mehrere Verhaftungen vorgenommen. Festgenommen wurden der militärische Kreisleiter des mittelsteirischen Heimwehrschutzes, Oberst i. R. Kober, der Verbandssekretär des Heimwehrschutzes Mail und ein Dr. Weiger von der Alpinen Montangesellschaft. In Leoben wurde ein Beamter der Alpinen Montangesellschaft, ein Berginspektor Trojan, der in der vorigen Woche 300 Rückfahrschein für die Heimwehr bestellt hat, flüchtig. Gegen ihn ist ein Steckbrief erlassen.

Als in Leoben zwei Ingenieure der Alpine verhaftet werden sollten, kam es zu einem Konflikt zwischen Gendarmerie und Polizei, da Landeshauptmann Rintelen der reaktionären Gendarmerie den Auftrag gegeben hatte, allein zu handeln. Einer der Verhafteten mußte infolgedessen von der Polizei wieder freigelassen werden.

Nazi-Klagges hekt gegen das Reich

Der neue braunschweigische Minister „arbeitet“ schon — Will sich das Reich seine Unverschämtheiten gefallen lassen?

Der neue braunschweigische Nazi-Minister Klagges hat sich seinem Volk mit einer „Proklamation“ vorgestellt, von der die Berliner „Germania“ sagt, daß sie eine bewußt verächtliche Kennzeichnung der Reichspolitik bedeute. Klagges rebelliert zwar nicht direkt gegen das Reich, aber er pusht die Bevölkerung gegen die Reichsregierung und ihre Politik in einer geradezu unverantwortlichen Weise auf. Er sagt in seiner „Proklamation“:

„Ich bin mir bewußt, daß ich als Länderminister gemäß der Verfassung Verordnungen der Reichsregierungen auszuführen habe, die, statt den Beginn einer Gesundung und eines neuen Aufstieges einzuleiten, lediglich letzte Folgerungen einer seit Jahren betriebenen hemmungslosen Unterwerfung, Erschütterung und Verleumdungspolitik sind. Die Verantwortung für diese Maßnahmen lehne ich ab. Sie liegt allein bei der Reichsregierung, die für die Führung der deutschen Gesamtpolitik verantwortlich ist, und trifft mich ebensowenig wie irgend einen anderen Länderminister, der nicht von sich aus jene Fehlpolitik unterstügt.“

Dingelden und Curtius

Vor einigen Tagen hatten wir gemeldet, daß der Führer der Volkspartei, der Reichstagsabgeordnete Dingelden, den Reichsaussenminister Curtius brieflich über die Stimmung seiner Fraktion gegen Curtius unterrichtet habe und der Reichsaussenminister auf diesen Brief telegraphisch geantwortet hat, daß er sich ausschließlich dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung verantwortlich fühle.

Von volksparteilicher Seite wird dazu mitgeteilt, daß die Meldung in dieser Form nicht zutreffend. Richtig sei dagegen, daß ein Meinungsaustrausch zwischen dem Reichsaussenminister und dem volksparteilichen Führer Dr. Dingelden stattgefunden.

Demgegenüber betonen wir, daß der Meinungsaustrausch in dem von uns gemeldeten Sinne vorläufig abgeschlossen ist. Wir bleiben ferner dabei, daß Dingelden in seinem Brief an Curtius auf dessen unhaltbare Position hingewiesen, ihm ferner vor Augen geführt hat, daß er die Fraktion in große Schwierigkeiten bringe und es deshalb angebracht sei, zur rechten Zeit die Konsequenzen zu ziehen.

Der Devahemistandal

Der Konkursverwalter kennzeichnet den Standal

In der Gläubigerversammlung der in Konkurs geratenen Baugenossenschaft des Deutschen Evangelischen Volksbundes erklärte der Konkursverwalter den Zusammenbruch als einen ungeheuren Standal, der durch leichtsinnige Verschwendungssucht der Geschäftsführung heraufbeschworen worden sei. Die Geschädigten verteilten sich auf fünf- undvierzig rheinische und westfälische Städte. Vor allem seien Arbeiter um ihre Ersparnisse gebracht worden. Da sie Konkursgläubiger seien, würden sie mit einer Haftsumme von je 500 Mark herangezogen werden. Die Versammlung verlief äußerst stürmisch.

Die Beerdigung der Kapfenberger Opfer

Wien, 17. September (Eigener Drahtbericht.)

Am Donnerstag nachmittag wurden die beiden Kapfenberger Opfer des Heimwehrputsches in das Krematorium überführt. Ein tiefer Zug folgte dem Leichenzug. Die Trauerrede hielt der Führer des Schutzbundes Dr. Deutsch.

Auch Starhemberg entlassen!

Wien, 18. September. (Eigener Funkbericht.)

Der Putschist Ernst Rüdiger Starhemberg und Generalmajor a. D. Franz Puchmann, die am Montag im Zusammenhang mit dem Heimwehrputsch verhaftet wurden, sind am Donnerstag abend ebenfalls aus der Haft entlassen worden. Die gegen sie und andere Heimwehrführer eingeleitete Untersuchung geht jedoch weiter. Sie erfolgt aber nicht etwa wegen Hochverrats, sondern lediglich wegen eines Vergehens der Aufwiegelung.

Wie die „Grazener Tagespost“ berichtet, ist der Putschist Priemer inzwischen in Italien eingetroffen.

Heimwehrlente in Jugoslawien verhaftet

Belgrad, 18. September. (Eigener Funkbericht.)

In dem jugoslawischen Warburg wurden am Donnerstag sechs Heimwehrlente verhaftet. Alle sechs waren in Heimwehruniform und standen zurzeit ihrer Verhaftung im Begriff, sich zu der Wohnung des Oberputschisten Dr. Priemer zu begeben.

Immer neue Anmaßungen der Agrarier

Sie wollen rücksichtslos terrorisieren

Kiel, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der Schleswig-Holsteinische Land- und Bauernbund fordert in einer Entschließung von der Regierung neben vielem anderen die „sofortige Gewährung eines Zahlungsaufschusses und Vollstreckungsschutz für zunächst ein Jahr“. Er verlangt von seinen Mitgliedern zugleich ihre Verpflichtungen gegen Gläubiger des Staat nicht mehr zu erfüllen, wenn nicht innerhalb einer Frist die Regierung die Forderungen erfüllt. Ferner fordert er von den Bauern, „dafür zu sorgen, daß bei Zwangsversteigerungen keine Gebote gemacht werden“. Wer dem widerspricht, soll wirtschaftlich und gesellschaftlich isoliert und aus den Organisationen sowie aus der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen werden. Wir erwarten, daß die Regierung auf die freche Aufforderung der Schleswig-Holsteinischen Landbund-Filiale im obigen Falle mit den erforderlichen Maßnahmen antwortet.

Das Stillhalteabkommen in Kraft!

Die Bank für internationale Zahlungen gibt bekannt, daß das sogenannte Stillhalteabkommen zwischen den deutschen Banken und den Bankgruppen in den Ländern, das einen sechsmonatigen Aufschub der Forderungen an Deutschland vorsieht, von allen Parteien unterzeichnet worden ist. Zentralnotenbanken der in Frage kommenden Länder sind ebenfalls verständigt worden. Das Abkommen ist somit in Kraft getreten.

Der Wuttsch der Schwerindustrie

(Von unserem Wiener Mitarbeiter)

Nun hat Herr Apold, der Generalgewaltige der Alpen Montanindustrie, gesehen, daß der „Dreißtaal“, wie der Diktator der österreichischen Schwerindustrie den Staat, der ihm durch die hohen Zölle die Ausbeutung der österreichischen Wirtschaft ermöglicht, zu nennen pflegt, doch nicht so leicht zur Strecke zu bringen ist. Vergebens hat die Schwerindustrie ihre Millionen hinausgeworfen, um die Heimwehren groß und stark zu machen und mit ihrer Hilfe die begehlichen Arbeitsfläcker im Jaum zu halten und den Staat den Einküffen der Demokratie zu entziehen. Man sage nicht, daß ja die Alpine gewiß von dem beabsichtigten Wuttsch vorher nicht erfahren hat. Obwohl die Antreiber in allen Alpinbetrieben am Pustschonntag mitwirkten, ist auch das nicht entscheidend. Aber die Gesellschaft, die das Geld hergegeben hat, mit dem die Heimwehren ausgerüstet, mit dem die Waffen der Heimwehr bezahlt, mit dem die Aufmärsche und die fortwährenden Kräfte der Heimwehren veranstaltet wurden und mit dem schließlich auch der Wuttsch im Alpinegebiet inszeniert wurde, muß als die Schuldige und Verantwortliche für diesen Wuttsch bezeichnet werden. Ueberdies wurde durch unzählige Zeugnisse und Geständnisse der Heimwehrrührer und der Alpinherren erwiesen, daß sich die Herren vom Heimatsschutz vor jeder größeren Aktion mit den Herren der Alpine beraten. Man wird übrigens bald sehen, ob die Schwerindustrie nun, da sich die Heimwehren als Fuchshorngarnation erwiesen haben, aufhören wird sie zu finanzieren!

Wenn auch die Heimwehr durch ihren Namen den Anschein erwecken möchte, daß sie zum Schutz der Heimat gegründet worden sei, so ist das doch eine Falschmeldung: Wo es Kämpfe zum Schutz bedrohten Landes gegen den äußeren Feind gab, stand nicht die Heimwehr an der Spitze. Kärnten wurde nicht von der Heimwehr gerettet, sondern von der als sozialistisch verschrienen Volkswehr und den Kärntner sozialdemokratischen Arbeitern, das Burgenland wurde vom Republikanischen Schutzbund erhalten und auf Südtirol haben die Heimwehrrührer verzichtet. In Wirklichkeit ist die Heimwehr ein Geschöpf der Alpen Montanindustrie. Von dieser vornehmlich, abgesehen von anderen kapitalistischen Geldgebern, wird sie ausgehalten und in ihrem Gebiet ist sie auch am stärksten. Für die Alpine haben sich auch sogenannte „Unabhängige Gewerkschaften“ gegründet, die von der Alpine ebenfalls ausgehalten werden und in die die Alpine auch ihre Arbeiter preßt.

Darum ist der Wuttsch auch im Gebiet der Alpine ausgebrochen, weil eben im Gebiet der Alpine alle, auch die staatlichen, Machtmittel der Alpine untertan sind. Die Gendarmerie ist in Werkshäusern einquartiert, die Gendarmen selbst sind mit den Werksbeamten vermischt, die Gendarmerie geradezu zur Verfügung des kapitalistischen Unternehmers, das ja alle Macht dort inne hat. So ist die Verbindung zwischen der Gendarmerie und der Heimwehr hergestellt und seit einem Jahrzehnt schon hat nicht nur in Obersteiermark, eben dem Alpinegebiet, sondern in ganz Steiermark die Gendarmerie als Schutztruppe der Gegenrevolution bemächtigt. Unter den Augen der Gendarmerie wurden in der Umsturzzeit in den staatlichen Waffendepots von österreichischen und ungarischen Monarchisten Waffen gestohlen. Unter den Augen der Gendarmen wurden staatliche Waffen aus den staatlichen Depots nach Ungarn verschoben, um in der Burgenlandkriege gegen Oesterreich verwendet zu werden; und unter dem Schutz von Gendarmen wurden, wie im Prozeß gegen die ungarischen Frankenthaler aufkam, in Wegelsdorf bei Graz von Heimwehrlern tschechische Banknoten gefälscht. Und der über dieser hochverräterischen Verbindung der Heimwehr mit der ungarischen Gegenrevolution, der über dieser Verbindung zwischen Alpine und Heimwehr, zwischen Heimwehr und Gendarmerie keine schützende Hand hält, ist der christlich-loyale Landeshauptmann von Steiermark, Herr Professor Rintelen.

Und als oberster Schächer über allem, was die Heimwehren fördern kann, mischt wieder Herr Dr. Seipel. Er ist es, der nicht nur immer wieder neue Geldquellen für die Heimwehren fand, der sie nicht nur auch mit Waffen versorgte, sondern er ist es auch, der sie immer vorwärts drängt.

Zwei Jahre der Beunruhigung Oesterreichs und seiner Wirtschaft durch die Heimwehren haben wir jetzt hinter uns. Hinter allen Aufmärschen der Heimwehren, hinter allen den Wuttschdrohungen der Heimwehren, hinter allen Ueberfällen auf friedliche Arbeiter und ihre Heime, die in diesen zwei Jahren die Gemüter erhitzte und die Wirtschaft zerrüttet haben, steht eben das Geld der Schwerindustrie wie der Rat Seipels, der in einer zerrütteten Wirtschaft leichter seine reaktionären Ziele durchsetzen zu können hoffte. Ist doch vor zwei Jahren enthüllt worden, daß Seipel die Heimwehren an die Kapitalisten empfahl, daß sie von offiziellen Stellen mit Maschinengewehren und Giftgasen ausgerüstet wurden und daß ihnen Seipel sogar die staatliche Unterstützung bei Zusammenstößen mit den „Roten“ zugesichert und sie im Oktober 1929 zu ihrem Provokationsaufmarsch in das proletarische Wiener Neufeld aufgereizt hat. Von ihm sind auch alle Parolen ausgegangen, die die Heimwehren bei ihren Agitationen verwendeten, von der „wahren Demokratie“ bis zum „Ständestaat“ und dem „Antiterrorgesetz“. Und er war es auch, der es durchsetzte, daß im vorigen Jahr die Heimwehrrührer Starhemberg und Hueber in die Regierung Baugoin aufgenommen wurden.

Man kann es den Heimwehren nicht verdenken, wenn sie sich darauf verlassen zu können glaubten, daß sie mit dem Geld der Schwerindustrie, mit der Freundschaft der Gendarmerie des Arzelen und mit der Nachsicht der Wehrmacht des Baugoin, der alle Kommandoposten mit erprobten Heimwehrrührern besetzt hat, und in einer Zeit, da durch die Wirtschaftskrise die Massen der Verzweiflung zu verfallen drohen, einen leichten Sieg über die Staatsgewalt erringen könnten. Ihre Rechnung isten auch zu

Moskau befiehlt wieder mal Revolution in Deutschland

Man wird sich in Deutschland nicht bange machen lassen

Die Exekutive der Moskauer Internationale hat — wie der Sozialdemokratische Pressedienst erzählt — die kommunistischen Organisationen in Deutschland, Polen und anderen europäischen Ländern angewiesen, für den bevorstehenden Winter revolutionäre Erhebungen vorzubereiten und durchzuführen. Die illegalen Nebenorganisationen der kommunistischen Partei in den betreffenden Ländern sollen mit der Ausführung dieses Beschlusses betraut werden.

Die preussische Polizei ist über die Pläne der KPD und über die Absichten der RSDAP für den bevorstehenden Winter genau unterrichtet und fühlt sich stark genug, alle illegalen Handlungen dieser Organisationen schon im Keime zu ersticken. Insofern ist das Geld, das von Moskau zum Zwecke revolutionärer Erhebungen nach Deutschland geschickt werden soll, nutzlos angewendet. Die andere Frage aber ist die, wie sich das auswärtige Amt zu der neuesten Einmischung der Russen in deutsche Verhältnisse stellt. Wahrscheinlich denkt es sich ebenso wenig dabei, wie bei allen anderen Einmischungen, die wir uns bisher von einer Nebenstelle der russischen Regierung haben gefallen lassen müssen. Wie lange aber soll das noch so weitergehen?

Soll das Staatsjahr geändert werden?

Die Aufstellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932 für den jetzt bereits vorarbeiten geleistet werden müssen, bezeugt besonderen Schwierigkeiten. Das liegt nicht nur an der weiteren Verschärfung der Finanznot, sondern hängt insbesondere mit der Regelung der Reparationszahlungen zusammen. Durch den sogenannten Hoover-Plan ist Deutschland für die Dauer eines Jahres von der Zahlung der Reparationen befreit worden. Dieses Reparationsfreijahr läuft vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1932, während das deutsche Rechnungsjahr vom April bis März läuft. Im Augenblick ist noch nicht zu übersehen, welche Regelung der Reparationen nach Ablauf des Freijahres zustande kommen wird. Daß die Zahlungen nach dem Youngplan wieder in voller Höhe aufgenommen werden könnten, erscheint im Hinblick auf die deutsche Finanzlage nahezu ausgeschlossen. Andererseits sind bisher alle Verhandlungen, daß der amerikanische Präsident eine Ausdehnung des Moratoriums für alle Regierungsschulden und Reparationszahlungen auf drei oder gar fünf Jahre plane, demotiviert worden.

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist der Gedanke aufgetaucht, das deutsche Rechnungsjahr nicht bereits am 31. März, sondern erst am 30. Juni 1932 enden zu lassen, so daß es mit dem Freijahr des Hooverplans zusammenfällt. Offenbar hofft man, daß bis zu diesem Zeitpunkt das Schicksal der deutschen Reparationsleistungen im Jahre 1932 bereits entschieden sein wird. Eine solche Maßnahme hätte zur Voraussetzung, daß die Haushaltsansätze für das Rechnungsjahr 1931 um ein Viertel erhöht werden müßten, weil sie dann für fünfviertel Jahre gelten würden. Praktisch wäre damit daselbe erreicht wie durch die Notetats im Jahre 1930, mit denen die Haushaltsansätze des alten Rechnungsjahres noch auf die ersten Monate des neuen Rechnungsjahres übernommen worden waren.

Das Reichskabinett hat sich bisher mit dem Gedanken einer Verlagerung des Haushaltsjahres noch nicht befaßt. Unklar ist auch, ob die Verlegung des Haushaltsjahres auf den 1. Juni nur für 1932 oder als dauernde Einrichtung geplant ist.

Verbote rechts und links

Der „Angriff“ und die „Rote Fahne“ verboten

Der Polizeipräsident von Berlin hat die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ mit sofortiger Wirkung bis zum 24. September 1931 verboten. Maßgebend für das Verbot war die Tatsache, daß in der gestrigen Ausgabe des „Angriffs“ eine Zeichnung enthalten war, in der unter der Ueberschrift „Der Hib (zur Information: Hib ist die Abkürzung für das nationalsozialistische Schlagwort „Hinein in die Betriebe“)“ ist die beste Parade“ einer offenbar einen Juden darstellenden Gestalt ins Gesicht geschlagen wird. Da diese Zeichnung eine offene Aufforderung zu Gewalttätigkeiten enthält, wurde das Verbot für die erwähnte Dauer erlassen.

Amlich wird mitgeteilt: Der Berliner Polizei-

Präsident hat die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Rote Fahne“ einschließlich der Kopfblätter mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von vier Wochen per se verboten. In dem Telegramm des Zentralkomitees der KPD an die englische Marine wird eine Störung der freundschaftlichen deutsch-englischen Beziehungen erklart. Der Schlussatz des Telegramms stellt ferner eine Aufforderung zur Zurückhaltung gegen die bestehenden Gesetze dar.

Nur Worte, aber keine Taten

Schöne Reden in der Wirtschaftskommission des Bundes über die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

In der wirtschaftlichen Debatte der Kommission des Völkerbundes wurden am Montag die verschiedenen Anschauungen offener denn je geäußert. Die Tschechoslowakei sieht in Vorrugsstellung Agrarprodukte der Donauländer keine Beeinträchtigung der Wirtschaft und wünscht die Unterstüßung Schritte zur europäischen Zollunion. Der tschechische Wirtschaftsminister Kollin befürwortet ebenfalls das Präferenzsystem und ein Programm öffentlicher Arbeiten zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit. Ueber diese Positionen hinaus sprach er sich planmäßig über Wirtschaftssystem zur Umwindung der egoistischen Ueberproduktion und Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch aus. Jeder habe die Pflicht, seine eigene Wirtschaft zu schützen, doch zur Herstellung der allgemeinen wirtschaftlichen Ordnung Binneamärkte diszipliniert und die Aufteilung der alten organisiert werden. Als wichtigsten Schritt dazu bezeichne die französischen Kartellpläne, an dessen Verwirklichung baldigt herangehen müsse.

Sehr scharf sprach Dr. Pöschel Deutschland gegen die Konsequenz des Vertrages von Zusammenarbeit, während zeitig Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen die Handelsverträge bedrohten. Der erste Schritt zur Besserung sei eine Gewährung des Bestehenden und die Einhaltung der Handelsverträge. Auf dieser Basis könne man zur Organisation offizieller Arbeiten und der Bildung nationaler Industriekartelle schreiten. Auch die Gründung eines Industriekreditbundes sei notwendig. Pöschel schloß mit dem Wunsch nach baldigen praktischen Schritten.

Die Aussprache schloß für Donnerstag mit einer weiteren Rede des indischen Vertreters, der die endlose Debatte ohne greifbares Ergebnis bedauerte.

Die Ärzte wissen die Wahrheit und verleugnen sie

Eine ärztliche Zeitschrift über die Auswirkungen des Scharfschießens

In der vom Verband der Ärzte Deutschlands herausgegebenen Zeitschrift für das Wartegebiet des Arztes „Das Hörrohr“ finden wir die folgende Rede des Statistiken des preussischen Landes-Gesundheitsamtes gelungen in Deutschland jährlich 60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen an Krankheiten. Davon sterben durchschnittlich 10 000 Frauen infolge unsachgemäßer Behandlung und 50 000 verfallen einem dauernden Siechtum. Wann werden diese erschütternden Zahlen den Reichstag veranlassen, Schandparagrafen 218 aufzuheben?

Man sollte hoffen, daß diese Notiz ein Signal für einen Kurswechsel in der deutschen Ärzteschaft wäre. Leider ist es anders, denn auf dem deutschen Kongress am 18. Juni 1931 in Köln stattfand, führte dessen scheidender, Geheimrat Dr. Stauder, aus:

„Der zur Vernichtung keimenden Lebens erforderliche Griff kann selbst bei größter Vorsicht Gefahren für Gesundheit und Leben auch der gebundenen Frau im Gefolge haben. Es widerstrebt aber der ärztlichen Berufsauffassung, eine Operation ohne die Beweggründe vorzunehmen, nur um wirtschaftliche Vorteile zu erwirken. Darum kann die ärztliche Standesvertretung nicht für die Freigabe der sozialen Indikation für eine Schwangerschaftsunterbrechung nicht gut heißen.“

Was ist nun Wahrheit? Was „Das Hörrohr“ schreibt was Herr Dr. Stauder in Köln zum Besten gab?

PETER RISS

Stahlbad Amort

Kriegsroman der Siebzehnjährigen

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag G.m.b.H. Hamburg-Bergedorf

6. Fortsetzung

„Nöglisch kommt mir wie ein großer Schatten der Gedanke, daß wir ja Soldaten sind, die nächstens an die Front sollen. Mir ist, als greife eine Knochenhand nach mir. Ich denke daran, daß viele von uns fallen werden. Ich sehe meine Kameraden der Reihe nach an und kann es mir nicht vorstellen, daß dieser und jener blutig und geschrien unter der Erde liegen wird in einem großen Massengrab. — Wer von uns wird es sein? Wem wird man ein Bein, einen Arm abschneiden oder sonst etwas, was ich hier vor mir sehen kann; was unsere Mütter pflegten und wachen sahen? Unsere Mütter, die uns ein Bein vor das andere setzten, damit wir gehen lernten, die jeden Laut, jedes Wort beobachteten. — Wem wird man vielleicht sogar blind schießen? — Wer ist das überhaupt? — man? — Der Feind? — Ja, natürlich; die Franzosen, Engländer, Italiener. — Aber sehen sie nicht aus wie wir: wenn sie haben wie wir hier, nach, in aller Menschlichkeit, — wenn sie sich freuen, ihre Uniformen auf einige Minuten ausziehen zu können? — Es ist immer wieder das gleiche: wenn diese Gedanken kommen, ist es mir, als schlage ein schwarzes eisernes Tor vor mir zu. Und niemand ist da, den ich fragen kann: kein Buch gibt es. — höchstens die Bibel, die etwas darüber sagt: „Liebet eure Feinde.“ — Aber am letzten Sonntag betete der Pfarrer in der Garnisonkirche doch für den Sieg unserer Waffen, nicht für den Frieden, nicht von der Liebe gegen unsere Feinde. — Warum haben unsere Lehrer in den Schulen uns nicht vorbereitet für diese Zeit, in die wir hineingeworfen sind. — Warum nicht? — Das geht niemals gut! — Es summt in meinem Kopf. Der Wäherdampfnebel umfließert meine Augen und Sinne. — „Artauss!“

Die Zeit ist um. — Morgen ist Scharfschießen: zum ersten Male.

In einem Nebenraum müssen wir uns mit einer grauen flinkenden Salbe einreiben.

Am nächsten Morgen empfangen wir pro Mann zehn scharfe Patronen. Sie sind schwer, wir wiegen sie in den Händen. Es sind zwei Rahmen, — glatt und glänzend und neu.

„Eine genügt, ha —?“, fragt Adamczik und befühl die Spitze eines Geschosses. — Er kann darüber einige Sekunden hinweg westverloren mit weiten Augen. Ich möchte keine Gedanken wissen. Sieht er etwas, was wir gar nicht ahnen? Ich hätte nie geglaubt, daß dieser flinke Radfahrbote, der die Augen überall hat, auch träumen kann.

„Nöglisch heißt er mich an, ganz unvermittelt: — „Sag mal, Kamerad, möchtest du wohl einen mit son Ding totschießen?“

Darauf kann ich erst gar nichts antworten, so unermutet kommt diese Frage. — Ich einen tot — tot — tot — schießen —? — Möchte? — Nein, das wohl nicht, Fritz, ich möchte das wohl nicht, Fritz...“

Ich bin vollständig verblüfft.

„Quatschspäße —“ knurrte Kihl und summelt an seinem Koppelrißloch, das immer nicht richtig schließen will.

„Nacht erst fertig!“ drängt Baad, der Bäder aus Lübeck, unser Stubenältester vom Jahrgang sechszundneunzig — mit dem Eijernen-Kreuz-Band, das jetzt und verloren im Knopfloch sitzt. Er war am Kessel verwundet und soll wieder mit uns raus. Er ist berühmter unter uns Rekruten, weil er mutterhals Kärtel und Zeltdachhaken rollen kann. Für Tabak und Zigaretten hilft er uns manchmal.

Kamann sitzt noch auf einem Stuhl und näht an seiner Uniform, in die gestern auf dem Schleifstein zwei große Löcher getroffen sind. Er sieht sich vor Aufregung dauernd in die Finger.

„Mögin geht's denn, Herr Geleiter?“ fragt Koad den Stubenältesten, dem er — der „Schleimich“ — der Kompanie, wie wir ihn nennen — die Stiefel kriechend mit einer Bürste bearbeitet. Immer und überall will der Kerl sich „ne gute Nummer verschaffen“. Lange dauert's nicht mehr, dann kommt der „Heilige Geist“ mal nachts zu ihm. — Da ist nicht einer unter uns, der ihn mag, selbst Koad nicht; denn anstatt ihn jetzt zu loben, hat er immer noch etwas auszuweisen. Hinten die Haden noch — „n bisschen jiz!“ — Er gibt dem Koad gar keine Antwort auf seine Frage.

Wir anderen wissen schon von Preuß: Es geht weit raus — nach Sadowa, einem Ortort, wo freies Gelände ist. Eine kleine

Strecke werden wir marschieren, dann fahren wir mit der Eisenbahn weiter.

„Id freu' mir so“, sagt Adamczik. „Wir müssen durch Kanitzstraße — da wohnen meine Eltern. Wenn Marschieren ist, pfeif ich: „Liebte mir denn jar nich mehr?“ Den Pfeiff je. Denn sieht Mutta raus.“ — Er lächelt verträumt und wie ins Leere. Und nach einer Weile: „Id pfeif auch.“

„Preuß kommt herein: „Fertig?“ fragt er und zieht mir Koad vorne runter, in zwei Minuten antreten auf dem Platz.“

Wieder marschieren wir. Jeden Tag marschieren wir oft noch? Wie lange noch? Wir können uns kaum noch stellen, daß es einmal anders war, einmal anders werden wird.

Die Nacht plagt uns mit Träumen von marschierenden Soldaten, von schwankenden Gewehren über grauen Stahlhelme.

Sie marschieren stumm und mit lautlosen Schritten getretenen, verlassen, in den Tod wandelnden Fabrikarbeiter, Tagelöhner, Handlungsgehilfen, Bäcker, Schneider, Schloßmaler, Handwerksburschen — das Volk, die Masse, die du unbekanntest. Sie tragen zwar alle einen Namen — und sind alle namenlos. Sie mühten alles hinter sich lassen: Arbeit, Geld, Eltern, Brüder, Schwestern, Frauen und Bräute — ihre Hoffnungen — alles, alles. Sie mühten es vertauschen bummel riechenden Kasernenstuben, mit grauem Kalenerhosen, Gewehren, Tornistern — mit Marschieren... Marschieren Sie wissen nicht warum — und wer es dennoch behauptet, kennt das Volk nicht, das blind gehorchende Massenvolk, ängstlich horchende — und wieder marschiert sie — die hinein in das Trichtergerände des Niemandlandes... im nur in den Tod... in ein sinnloses Sterben...“

Am Anfang der Kantstraße geschieht ein Wunder. Es „Marschordnung“ kommandiert. Adamczik höflich einen aus. „Welche Nummer...“ rufe ich fragend nach hinten. — „Hört es gar nicht: er ist viel zu aufgeregt. Kahlhagen ist ihm — der gutmütige Kahlhagen, ein Jude aus Kahlhagen mit schwarzen starken Bart auf der Oberlippe. — Kahlhagen ist auch erst nächsten Monat achtzehn — mit dem Gesichtsbild, immer bläulichlila schimmert, obwohl er sich täglich rasier rasiert — er ist der einzige unter uns, der sich schon rasieren Kahlhagen also zuckt jedesmal ängstlich zusammen, wenn Adamczik Kommandiert in die Nähe seines Kopfes kommt. Schließlich er den Lauf fest. Aber auch das merkt der Kleine nicht.“

(Fortsetzung folgt)

Die Bayerische Hilfsaktion für die Junglehrer

Der preussische Unterrichtsminister verhandelte am Donnerstag zunächst mit den Vertretern der Volkshochschulbewegung, dann mit den Pädagogen über die Hilfsmittel für den vom Abbau bedrohten Lehrnachwuchs. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Frage für diejenigen, die durch Einstufungsmaßnahmen der Notverordnung ihre Beschäftigung verlieren. Es handelt sich um 6000 Junglehrer und um 1800 Studienlehren. Für die Junglehrer läßt sich aus staatlichen Mitteln eine minimale Existenzsicherung schaffen. Von den Studienlehren erhalten rund 1100 als Anwärter vier Fünftel ihrer Löhne weiter. Die Vertreter der Verbände erklärten, daß aller Verzögerung über die von ihnen als zu Unrecht beschriebenen Beschlüssen der Notverordnung bereit, dem Minister Grimme geplanten Maßnahmen der Beschäftigung zu unterstützen. Sie werden sich bemühen, eine Hilfsaktion in ihren eigenen Reihen zur Milderung der Notlage beizutragen.

Der preussische Finanzminister hat zur Unterstützung der vom Abbau bedrohten Lehrer einen Betrag von zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Große Kundgebung gegen den Faschismus trotz aller Störungen

Weimar, 17. September. (Eig. Drahtb.)

In der thüringischen Stadt Schmölln wurde am Samstagabend eine eindrucksvolle Kundgebung für die Demokratie und gegen den Faschismus abgehalten, zu der sich fast 4000 Teilnehmer auf dem durch einen weiten erleuchteten Marktplatz eingefunden hatten. In drei Reihen eröffneten die Versammlung mit ihren Reden Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Kundgebung im trauten Verein die Versammlung zu hören. Die Kundgebung wurde durch die Rede des Vorsitzenden, in dem sie die Faschisten und Feuerwerkstörer zur Explosion brachte, die Nazis mit Sprechern. Als dritte im Bunde ergriff der evangelische Kirchenchor, der von einem Chor angeleitet wurde, durch Gesang und Gelächter die Kundgebung zu hören. Die Bemühungen der drei edlen Geister blieben aber vergeblich. Die Kundgebung konnte planmäßig durchgeführt werden. Mehrere Redner mußten den Polizeigeiseln angetreten, wo sie sich vielleicht ein gemeinsames Programm verständigen.

Verkleinerung des badischen Landtags

Karlsruhe, 18. September. (Eigener Funkbericht.)

Die badischen Regierungsparteien haben im badischen Landtag einen Antrag eingebracht, den die Zahl der Abgeordneten für die nächsten Landtagswahlen um etwa ein Drittel der jetzigen Zahl herabzusetzen. In dem neuen Landtag dürften 60 bis 65 Abgeordnete sitzen.

Aus der „Helden“chronik der KPD.

Im Neuköllner Rathaus drangen am Donnerstag die Kommunisten, die mit ihren Wohlfahrtsunterstützungen zufrieden waren, in die Zimmer zweier Stadträte und wurden tätlich. Einem Stadtrat wurde die Brille vom Gesicht geschlagen und entwendet. Die Täter wurden verhaftet. Anscheinend handelt es sich um einen verbreiteten Fall, denn fast zu gleicher Zeit sammelten sich vor dem Rathaus etwa 100 Kommunisten, die zu demonstrieren versuchten. In der Nacht zum Donnerstag wurde in Berlin ein Kommando einer kommunistischen Maffkolonne von der Polizeikreuzung überrascht, sämtliche sieben Mitglieder der Kommando wurden festgenommen. Auf der Wache stellte sich heraus, drei Mann je eine geladene Pistole mit insgesamt 45 Schussmunition mit sich führten.

Saarbrücken, 18. September. (Eigener Funkbericht.)

Einer der von der Berliner Polizei Redbriefflich nach dem mutmaßlichen Offiziersmörder vom Marktplatz, ein gewisser Heinrich Bläser, aus einem Gefängnis bei Frankfurt a. O., wurde am Donnerstag bei Saarbrücken von saarländischen Landjägern festgenommen. Bläser hatte die Absicht, bei Hahnweiler die Grenze zu überschreiten und sich auf französisches Gebiet zu begeben.

Aus Karlsruhe wird gemeldet: Hier wurde bei einem kommunistischen Funktionär, der früher Waffenkammer war, dreizehn Revolver und Pistolen, neun zum Teil veränderte Militärgewehre verschiedener Systeme, fünf Jagdgewehre, vier Kleinkalibergewehre und mehrere tausend Schussmunition sowie acht Kilo Schwarzpulver gefunden. Der Funktionär wurde verhaftet.

Abgeordneter Heß schwer erkrankt

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags, Abgeordneter Heß, ist schwer erkrankt. Er hat sich bereits einer Operation unterziehen. Sein Zustand soll den Umständen nach zufriedenstellend sein.

Der Prozeß gegen die Märtyrer von Brest-Litowsk

Die Warschauer Staatsanwaltschaft hat die Anklageschrift gegen elf Märtyrer von Brest-Litowsk, darunter Liebermann und fünf andere Sozialisten, fertiggestellt und bereits dem Gericht übergeben. Der Prozeß soll Ende Oktober vor sich gehen. In der aus 180 Seiten umfassenden Anklage wird den Märtyrern von Brest-Litowsk Kampf gegen die Staatsverfassung, die Bildung revolutionärer Gruppen und ähnliches zur Last gelegt. Die Anklage stützt sich auf Paragraphen des Jarrenstrafrechts. Insgesamt sind 20 Zeugen geladen.

In Lemberg wurden am Donnerstag früh fünf Arbeiter wegen Sabotageakten zu acht bzw. neun Jahren Gefängnis verurteilt. Ein neuer Prozeß gegen mehrere Gymnasiallehrer, die angeblich Mitglieder einer geheimen ukrainischen Organisation gewesen sein sollen und ebenfalls der Sabotage bezichtigt werden, steht bevor.

Politische Börsenderoute in Amsterdam

Die Amsterdamer Börse unterlag am Donnerstag so ungunstigen Stimmung, daß die Möglichkeit einer zeitweiligen Schließung erwogen wurde. Die Aktien verschiedener indischer Gesellschaften, so der Indische Petroleumgesellschaft, gingen um 35 Prozent, der Deli-Indische Gesellschaft um 28 Prozent zurück. Auch die Amsterdamer, Rotterdamer und Haager städtischen Obligationen erlitten bemerkenswerte Verluste. Teilweise werden die Kursrückgänge auf das Stillhalteabkommen zurückgeführt, durch das auf Deutschland gewährte Kredite gerade jetzt nicht gefündigt werden können. Das sozialistische „Volk“ steht in den Vorgängen jedoch ein Büchlein über gegen die Stadt Amsterdam, das mit dem Verhalten der Londoner City gegen die englische Arbeiterregierung zu vergleichen sei.

Wie war das mit dem Frauenorden?

Nachtlänge zum Schweidnitzer Naziprozeß

Vg. Stelzer's seltsame Mißverständnisse

Der große Naziprozeß im Dezember 1929 hatte dieser Tage ein Nachspiel für den damals als Zeugen vernommenen Maschinenmeister Fritz Stelzer aus Freiburg vor dem Schwurgericht, da wegen seiner damaligen Aussage Anklage wegen Meineides erhoben worden war. Stelzer wurde in dem Prozeß um die Saalklacht im „Volksgarten“ in Schweidnitz am 6. Dezember 1929 als Zeuge über die Organisation des Frauenordens vom Noten Galenkrenz vernommen, insbesondere darüber befragt, ob ihm die Leiterin und die Kassiererin der Ortsgruppe des Frauenordens in Freiburg bekannt seien. Er hat diese Frage unter Eid verneint. Die Anklage geht davon aus, daß Stelzer nicht die volle Wahrheit gesagt, sondern ihm bekannte Tatsachen über die örtliche Organisation des Frauenordens verschwiegen habe. Der Angeklagte gab auch jetzt wieder an, „nichts Näheres“ über diese Dinge zu wissen, insbesondere seien ihm Leiterin und Kassiererin nicht bekannt. Bei seiner damaligen Vernehmung kam es dem Gericht darauf an zu ermitteln, ob die Mitglieder des Frauenordens planmäßig beim befehlsmäßig von Freiburg nach Schweidnitz zu der Verammlung beordert worden sind. Landgerichtsrat Beer, der damals die Verhandlung geleitet hat, sowie Landgerichtsrat v. Mollke (jetzt in Steint), der der Verhandlung als Berichterstatter beizuhilfte, und Staatsanwaltschaftsrat Loderhose, der die Anklage vertrat, hatten sämtlich den Eindruck, daß der Angeklagte bei seiner zögernden Aussage nicht die volle Wahrheit gesagt und mit wichtigen Umständen zurückgehalten habe. Der Angeklagte stellt aber in Abrede, nach der Vorführung des Frauenordens in Freiburg gefragt worden zu sein, er will vielmehr verstanden haben, daß die Vorsitzende des Gesamt-Frauenordens in Berlin gemeint sei und habe deshalb geantwortet, daß Fräulein Zander-Berlin ihm als Reichsführerin des Frauenordens bekannt war. Durch einen während der Verhandlung sich zwischen dem Verteidiger Dr. Frant und dem Staatsanwalt entspinneenden Dialog sei er damals vom Beweisthema abgelenkt worden und nicht mehr zur weiteren Beantwortung der Fragen gekommen.

Dem Gericht war aber damals schon bekannt, daß der Angeklagte selbst die Beiträge für den Frauenbund einzog, ihn selbst auch leitete und daher über die Organisation genau Bescheid wissen mußte. Interessant war die Mitteilung des Zeugen, Staatsanwaltschaftsrat Loderhose, daß der Prozeß nicht weniger als 12 Meineidsverfahren zur Folge hatte, die aber bis auf diesen Fall alle eingestellt wurden. Eine Frau A., von der die Anzeige gegen Stelzer ausging, war Mitglied des Frauenordens in Freiburg, wurde aber nach einmonatiger Mitgliedschaft wieder ausgeschlossen. Sie erklärte, daß der Angeklagte am 31. Mai 1929 Frau Scheider selbst als Vorsitzende der Ortsgruppe des Frauenordens in Freiburg eingeführt habe und er die Oberleitung behielt. Er gab damals die Informationen, daß „im Ernstfalle“ vor Polizei oder Gericht über die Organisation des Frauenordens und die leitenden Personen keine Angaben gemacht werden dürfen. Stelzer bestritt dies entschieden und bezeichnete die Anzeige als einen Nachakt. Die belagte Frau Scheider behauptete, daß sie Herrn Stelzer in der Leitung der Ortsgruppe nur „unterstützt“ habe, als Vorsitzende sei sie von Stelzer nicht ernannt worden, ja, sie habe sich die Leitung selbst, ohne jeden Auftrag von dritter Seite, „angemacht“. Wirklich ein mutiges, aber seltsames Bekenntnis.

Der Staatsanwalt war auch nicht sehr überzeugt davon und ging in seinem Plädoyer auf die Vorgeschichte dieses Meineidsverfahrens ein. Er kam zu dem Schluss, daß die negativen Untertönen des Angeklagten mientlich falsch waren und den Tatbestand des Meineides, wie er dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht wird, erfüllen, und beantragte gegen ihn eine Zuchthausstrafe von einem Jahre, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren und dauernde Aberkennung der Fähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger aufzutreten. Das Urteil des Schweidnitzer Schöffengerichts lautete auf Freispruch, denn der Angeklagte war ja Nazimann und der an sich lebenswerte Grundlag, daß im Zweifel für den Angeklagten zu entscheiden ist, findet bei Nazileuten bekanntlich stets eine ebenso weite, wie bei Angehörigen der Sozialdemokratie oder des Reichsbanner enge Auslegung.

Freispruch auch in Siegnitz

Dem Grundprinzip entsprechend, Nazileute auch beim leinsten Zweifel freizusprechen, wertete das erweiterte Schöffengericht Siegnitz am Dienstag die faulen Ausreden des bekannten Nazi-Wanderbongzen Heukeshoven.

Heuteshoden hatte am 29. Januar in einer nationalsozialistischen Versammlung im Siegnitzer Schießhaus gesprochen. Die Versammlung war nach etwa 25 Minuten von dem aussichts-führenden Kriminalkommissar Scholz wegen fortgesetzter Verstöße gegen das Republikstrafgesetz aufgelöst worden. Nach den eidlischen Aussagen des Kommissars und eines weiteren Kriminalbeamten äußerte der Angeklagte unter anderem,

die „Spitzen der Republik haben uns bis aufs Hemd ausgezogen“, die schlechte finanzielle Lage des Reiches sei „durch die Minister, diese Youngplan-Berbrecher“, verschuldet worden, die Republik lasse das Verbrechen der Inflation zu, wir lebten in einem Rechtsstaat, der die Staatsgüter verkleuberte und uns etwas vorshawindelte, mit Diktatur könne jeder Eitel regieren, nicht jeder Eitel könne aber mit Notverordnungen regieren, eine Monarchie sei den Nationalsozialisten lieber als eine schlecht geleitete Republik, das Republikstrafgesetz müsse Republik-Bonzenstrafgesetz heißen.

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten auf Grund der eidlichen Aussagen der Kriminalbeamten für überführt und beantragte drei Monate Gefängnis. Das Urteil des Gerichts, das nach langer Verhandlung nach 8 Uhr abends verkündet wurde, lautete auf Freispruch, da nach einer (1) anderen Zeugenaussage die Verurteilung von den Youngplan-Berbrechern nicht gefallen sei. Gegen das Urteil dürfte seitens der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt werden.

Geraubte Posttasche nach zwei Jahregejunden

Am 31. August 1929 wurde die Tochter der Inhaberin der Posthilfsstelle Fauljoppe, Kreis Lüben, nachdem sie in Krummlinde die Post abgeholt hatte, von zwei jungen Männern überfallen, mißhandelt und der Post beraubt. Die Banditen erbeuteten neben den Briefschaften etwa 600 Mark, hatten jedoch offenbar wesentlich größere Beträge zu Kenntnissen in der Tasche vermutet. Sie flohen auf Fahrrädern und konnten trotz sofortiger Verfolgung entkommen.

Dieser Tage fanden nun Pilzlicher in einer Schönung am Schäferberg, fünf Meter vom Wege Fauljoppe-Krummlinde entfernt, die vor über zwei Jahren geraubte Posttasche. Das Geld war natürlich verschwunden, dagegen enthielt die Tasche

noch Postsendungen, die nun noch den Empfängern zugestellt werden können. Man hofft nun auch, Anhaltspunkte zur Ermittlung der Täter finden zu können.

Ernährung — Heim — Garten

Gartenbau-Ausstellung in Schweidnitz

Vom 11. bis 18. September fand anschließend an den Schließigen Gartenbauausstellung in Schweidnitz eine Ausstellung „Ernährung — Heim — Garten“ statt. In der Abteilung „Ernährung“ wurde anschaulich demonstriert, welchen Wert Obst und Gemüse für die menschliche Ernährung haben, doch leider nicht dazu vermerkt, was der Unbemittelte mit solcher Erkenntnis anfangen. Dem Heim, dem Aufenthalt der Familie, war auf der Ausstellung besondere Beachtung geschenkt. Hier wurde dargestellt, wie gerade durch die Pflanze und Blume lebenspendende Wärme und Freude, selbst mit den bescheidensten Mitteln, in die Wohnung getragen werden kann. Der Garten, früher der Garten der Repräsentation, sah man heute, im Zeitalter des Sports und der Sachlichkeit, als Garten zu freier ungesungener Bewegung, zur Geländung von Körper und Geist. Auch die Kunst in Plastik und Gemälden war nicht schlecht vertreten.

Die Landwirtschaftskammer hatte Lehr- und Forschungsmaterial ausgestellt, ebenso die Gartenlehranstalten Frankenstein und Grünberg.

„Weg mit dem Spielzeug — —“

Korfanth gegen Gragnitz

Das Korfanth-Blatt „Polonia“ kritisiert das Verhalten des Wojewoden Gragnitz auf der Tagung des Schließigen Aufständischen-Bundes auf scharfste und erklärt, daß das Verhalten des Wojewoden die Vertretung der polnischen Interessen in Genf aufs äußerste erschwert habe. Es sei höchste Zeit, mit dem schließigen politischen Spielzeug des Aufständischen-Bundes ein Ende zu machen. Das Blatt verweist ferner darauf, wie sehr die Berliner Presse sich darüber freue, daß Deutschland durch das Verhalten des Wojewoden neues Belastungsmaterial gegen Polen geliefert worden sei.

Auch der merkwürdige „Waffenfund“ in Gollaschowitz, mit dem die Gewaltpolitik des Gragnitz-Kurses gegen die deutsche Widerpart maskiert werden sollte, findet in der „Polonia“ einen entsprechenden Kommentar. Das Korfanth-Blatt schreibt hierzu:

„Wie in allen diesen Vorfällen führen die Jäden zu den Leuten, die unter dem Einflusse des Aufständischenverbandes stehen. Das, was sich in Gollaschowitz abspielt, ist der lebendige Geist der Leiter dieser Organisation. Die Auffindung von Dynamit in Gollaschowitz bei Luz und Korchel trägt das Zeichen der Provokation, und zwar einer sehr ungeschickten und un-jünglichen Revolution. Alle Umstände sprechen dafür, daß nicht die Bauern bei sich die Waffen versteckt haben, sondern daß es diejenigen taten, die daran ein Interesse hatten. Die Einwohner seien mit den Fingern auf sie.“

Das Blatt „Polonia“ fordert daher, daß die Untersuchung nicht durch die Polizeibeamten und -Kommissare geführt, sondern dem Untersuchungsrichter übergeben werde.

Pogul, Oberdampferheizer tödlich verunglückt. Hier in der Nähe explodierte auf einem Oberdampfer der Schiffsessel. Der Heizer Mühl aus Margareth bei Breslau wurde so schwer verbrüht, daß er am Donnerstag seinen schweren Verletzungen erlag.

Landeshut, Stinkbomben im Lichtspieltheater. Anlässlich der Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“, der auch in Landeshut eine starke Anziehungskraft ausübt, wurden in der ersten Abendvorstellung Stinkbomben geworfen. Der Kinobesitzer, der derartige Störungsversuche voraus geahnt hatte, durchkreuzte jedoch durch sofortige Abwehrmaßnahmen die Absicht der Störenfriede, die in den Reihen der Nazis zu suchen sind.

Aus der Umgebung

Boglanowitz, „Billiger“ Geflügeleinkauf versucht. In der Nacht zum Dienstag wurde hier bei verschiedenen Einwohnern eingebrochen. Einem kleinen Besitzer wurden zehn Hühner entwendet. An den übrigen Stellen — bei dem Genossen Tripte wurden sogar die Schließer erbrochen — konnten die Eindringlinge rechtzeitig verscheucht werden.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telefon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

Opperau, Unser erster Filmabend findet in diesem Vierteljahr Montag bei Kowitz statt. 16 Uhr: Kinder, 20 Uhr: Erwachsene. In der letzten Veranstaltung wird gezeigt „Jenseits der Straße“ (für Jugendliche verboten).

Oltschin, Heute abend um 20 Uhr bei Käufig unser erster Filmabend. Als Hauptfilm zeigen wir „Jenseits der Straße“. Eintrittspreis 30 Pf. Die Kinder kommen schon um 18 Uhr zu einer ebenfalls spannenden Filmveranstaltung zusammen. Eintrittspreis 10 Pf.

Ranth, Sonnabend, den 18. September, bei Seidel: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Reventlom. Anfang 20 Uhr. Thema: Der Heimwehrputsch in Oesterreich.

Kobornitz, Sonnabend, den 19. September, 20 Uhr, bei Stehr: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Herbert Löbe-Breslau.

Dambriß, Sonntag, den 20. September, 15 Uhr, bei Fischer: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer-Breslau.

Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land-Nord-Ost, Alarenkrant, Sonntag, den 20. September, nachmittags 15 Uhr, findet bei Richter eine öffentliche Versammlung statt. Als Redner erscheint Genosse R. Münchberger. Sorgt für guten Besuch. Alle Ortsgruppen der Arbeitsgemeinschaft müssen anwesend sein. Anschließend 18 Uhr: Mitgliederversammlung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Breslau-Land/Neumarkt
Neumarkt, Banner Löbe, Sonnabend, den 19. September, abends 20 Uhr, im Vereinslokal des „Weißen Löwen“: Mitgliederversammlung. Referent: Gausekretär Kam. Stäiner-Breslau.

STADTHEATER
Freitag, 20 bis 22 Uhr:
Dibello
Sonnabend, 20 bis geg. 22.45
Abonn.-Vorstellung G 2
Der Bettelstudent
Sonntag, 15-18.15
(Ermäßigte Preise)
Das Veilchen vom Montmartre
20-22 Uhr: Abonn.-Vorst. H 2
Martha

LOBETHEATER
Täglich, 20.15-22.45
Phaea

THALIATHEATER
Freitag, 20.15-22
Zum letzten Male!
Freie Bahn dem Töchtchen
Sonnabend, 20.15 u. tägl.
Zum 1. Male
Die Hofe Uaßpiel von
Carl Sternheim

Schauspielhaus
Heute Freitag, 18. u. Sonntag,
den 20. September, 8 Uhr
zweimaliges Gastspiel
Harry Liedtke
u. Berliner Ensemble
Eig' idealer Gatte
Schauspiel von Oskar Wilde
Preise 80 Pf. bis 5.-RM.

Und immer wieder ins
ALKAZAR
Breslauer
Vergnügungstheater
Neue Taschenstraße 31-33
Bühner's Lachbühne
(früher Broadway)
Die Vergnügungstheater
für jedermann.
Das große Lachprogramm.
Täglich Publikumstanz.
Eintritt 30 Pf.

Circus Busch
Schaubühne / Rot 291 35
Entscheidung:
Reiber-Forestanof
Entscheidung:
Becker-Sallman
Kawan-Palman
Entscheidung:
Kramis-Grüneisen
Naber-Brückner

Plüsch Seite für Hüte,
Bezüge, Kragen
u. sportlich zu verformen.
Friedländer, Sonnenstr. 30

Grad Mohapl
nur
Blücher-
platz 20. I.
Ede Ring, höher Karstr. 1

Leihweise
Smoking u. Gehrockanzüge
Klapphüte • Tel. 57082

Einen
Anzug
oder einen
Mantel
in guter Ausführung nach
Cont.-Maß mit 2 Aprob.
u. 52.00, 48.00, 38.00
unter Garantie für tadel-
losen Sitz erhalten Sie bei
Eugen Hamburger
nur Teichstr. 31

Metallbetten
vom Werk direkt
an Verbraucher
Drell-Matratzen
Patent-Matratzen
Reform-Unter-Bettes
Bestellungen nimmt an
die Niederlage
Taufschienplatz 11
(Ufa) im Hol.
Franko Lieferung.

Berfäule

Schildmöbel 160 breit
1 m 1.75
Friedländer, Sonnenstr. 30

Rußbaumfahrrad
160 breit, Zusatzpreiswert
zu verkaufen. 3477
Tischlerei Fürttenstr. 6.

Fischmöbel
100 cm breit, 1 Meter 1.95
Friedländer, Sonnenstr. 30

Spielplan der Breslauer Lichtspielhäuser

Walhalla
Lichtspiele, Waachplatz
Einladung
an alle Kinofreunde, teil-
nehmen und herzlich mitzu-
leben beim
großen Tonfilmfest
SOCKENFEST
Sitzung u. Humor bringen
die beliebten Sorgenbrecher
Ludwig Stüssel — Jda. Wülf
Marg. Kupfer, Jac. Mylong Münz
V. Schlettow
Reichhaltiges, gutes
Belprogramm und
Fox, übende Wechenschau.

Apollo
Lichtspiele Adalbertstraße 8
Lilian Harvey **Felix Bressart** Harry Liedtke
bringen Stimmung und Humor in dem neuesten lustigen
Ufa-Tonfilm
Nie wieder Liebe!
Dazu der spannende
Stuart-Webb-Schlager
Masken **Die Großstadt schläft**
Sonntag 2 1/2 Uhr: Jugendvorstellung. (Saalplatz 25 Pf.)

Odertor
Lichtspiele Wulststraße 53/55
Als letztes stimmungsvolles
2 Schläger
Carl Auer — Grete Reinwald
Großstadtkinder
7 Akte 7 Akte
Der Ritter von Texas
6 Akte 6 Akte
Belprogramm
Sonntag 3 Uhr:
Jugend-Vorstellung.

Hansa
Lichtspiele Mathiasstr. 69/71
Als letztes stimmungsvolles
2 Schläger
Carl Auer — Grete Reinwald
Großstadtkinder
7 Akte 7 Akte
Der Ritter von Texas
6 Akte 6 Akte
Belprogramm
Sonntag 3 Uhr:
Jugend-Vorstellung.

Primus
PALAST-HUBENSTR. 10
Vom 18. bis 24. September
Täglich ab 4 1/2, Letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr
Eintrittspreise ab 60 Pf.
Erwerbslose halbe Preise

**Es wird gelacht,
toll gelacht**
wie nie zuvor über den Schwank
voller grotesker Komik

**Der wahre
Jakob**
Kleeblatt des Humors
Felix Bressart * R. A. Robertis
Paul Henkels * Anny Ahlers
zwingen verbittert. Mitmenschen zur Stunde
froher Laune

Ufa-Wochenschau
William Fairbanks
Abenteuer
6 Akte **König der Sensationen**

Sonntag 2 1/2 Uhr:
Kinder-Vorstellung
30 und 50 Pfennig
„Kamerad Slag“
Großes Sensations-Drama

Billige Fleischpreise
Schweinefleisch m. B. 60-85 | Kalbfleisch 80-95
Goulasch, Gehacktes 80 | Keule u. Niere 95
Schmoril. ohne 90 u. 1.00 | Kalbfleisch ohne, v. 1.20 an
Sämtliche Wurstwaren entsprechend preiswert
nur bei **Wilhelm Land Jr.**
Lehmgrubenstraße 2 3483

WELTBÜHNE ASTORIA-PALAST
Friedrich-Wilhelm-Straße 35 Fürstenstraße 32
Das Großkino des Westens **Das modernste Lichtspielhaus des Kontinents**
Wochent. 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100
TAUSENDE der letzten Wochen finden jetzt ihre Erledigung.
NACHFRAGEN Diese Woche sehen Sie das lange erwartete
köstl. Tonlustspiel nach dem lustigen Roman
der „Berliner Illustrierten Zeitung“
Ich geh' aus und du bleibst da
mit **Camilla Horn** — **Hans Brausewetter**
und dem großen Lustspiel-Ensemble
Der Jäger von der Riss **Der Anschlag auf**
Ein wilder Roman a. d. bayr. Alpen **den Depeschen-Reiter**
Ein Ken Maynard-Abenteuer

Gastspiel **Auf der Bühne:** **Tanz / Musik**
Lotte Rexin **Suzette**
u. anderer ehem. Mitglieder des hierig. **und Marga**
Schauspielhauses in dem tollsten **in ihrem entzückenden**
Sie oder Sie...? **Tanz- und Musikal-Akt**

Wegen des außergewöhnlich großen Programms Beginn im
Astoria-Palast **Wochentags 4 1/2 Uhr, Sonntags 3 Uhr.**

Zentral
Theater - Westendstr. 50
Bis Donnerstag, den 24. September
bringen wir
den Tonfilm der größten deutschen Komiker!
Siegfried Arno, der Held des Tages, mit
Ernst Werber :: Hans Junkermann :: Paul
Westermeyer :: Karl Lilien :: Margot Waifer
in dem tollen Tonfilm-Schwank
Das Geheimnis der roten Katze
Ein überwältigender Heiterkeitsfolg!
Im Belprogramm: Begleitet von der Hauskapelle:
Troika (Dreigespann der Liebe)
Ein selten schöner Stammfilm in 10 Akten mit
Oliga Tschechowa :: Hans A. v. Schlettow
Auf der **2 Edisons** Hand- und Kopf-
Bühne: **Edisons** Equilibristen
Die Sensation aller Weltstadt-Varietés.
Beginn täglich 4 1/2. — Letzte Vorstellung 8 1/2.

ATLANTIK
Gräbischer Straße 74 Tel. 58508
Bis einschl. Donnerstag bringen wir den größten
Tonfilm mit der besten Starbesetzung
„Das alte Lied“
(Zu jedem kommt einmal die Liebe)
In den Hauptrollen: 3187
Lil Dagover — Lien Deyers
Felix Bressart — Igo Szym
Im tönenden Beiprogramm: **Ufa-Tonwoche**
70. Deutscher Katholikentag in Nürnberg
Flock und Flicke. — Auf der Bühne:

1. **Ilona u. Jenö** das komische inter-
nationale Tanzpaar
2. **William Petras**
Der tanzende Jongleur

Antfangszeit: 4.50, 6.55, letzte Vorstellung 9 Uhr

Christopher Addison:
**Praktischer
Sozialismus**
Übersetzt und mit Vorwort und
Anmerkungen versehen von
Hermann Kranold-Sieinhaus.
Mk. 2.00
Volkswachtbuchhandlungen
Breslau
Neue Graupenstr. 5, Flurstr. 4

Nebe Licht
5-6 mal hellere Tischbeleucht.
oder 1/2 Stromsparnis. Röhrt
auf jede Glühlampe. Keine
Ähnl. sch. fehlerhaftes gerät.
Bis 40 Watt 1.50, 2.00, bis
150 Watt 2.50. H. Jozina,
Sternstraße 11. Sichtbar im
Schaufenster. 33.8

**Beste
Backwaren**
aller Art
zu billigsten
Preisen
Max Münzer
Sonnenstraße 34.

**Druderei
Volkswacht**
täglich
moderne Drucksachen
Breslau 2, Flurstr. 4/6

Arbeitsmarkt
Zeitungsverkäufer
täglich 4 Stunden gesucht.
Verdienst: wöchentlich ca. 12 RM.
Bewerbungen unter A. 160 an
die Geschäftsstelle d. Zeitung.



Neue
Mäntel
Jugendl. Mäntel gute Flauch-
stoffs, engl. gemust., Stück 14.50, 12.50 9.50
Damen-Mäntel aus mod. rein-
woll., glattfarb. und gemust. Stoffen mit imit. und echten
Pelzkragen, Stück 29.50, 24.50, 19.50 14.50
Damen- u. Frauenmäntel
in mod. einfarb. u. engl. gemust. haltbaren
Stoffen, schöne gediegene Verarbeitung,
Stück 29.00, 27.00, 24.50 19.50
Frauenmäntel aus den hoch-
wertigsten, dunkelmeliert. reinwoll. Stoff., m.
sehr apart. Pelzkrag, St. 39.00, 34.00 26.50
Ottomane-Frauenmäntel
wundervoll, marineblau, ganz auf Kunst-
seide gefüt., mit groß. Seal-Pelzkragen,
bis zu den größten Weiten, Stück 19.50

Hocheleganter
Camomantel
engl. gemustert.
Dingon-Flousch.
ganz auf Kunst-
m. Pelzkragen u.
Gürtel. Stück 20.50



Die größte Leistung!
3 Serien ganz hochwertige marineblaue und schwarze
Frauenmäntel 29.50
aus teurem, reinwollenem Charmelaine, Ripsottomane etc. auf
prima kunstseidenem Futter. Stück 39.00, 34.00

Frauenkleid
bis zu d. größten
Wellen, in mo-
dernen Farben
und pa. Rips-
popeline. Stück 12.50

Neue
Kleider
Dam-Tweedkleider bildschön
elegant garniert, m. seid. Kragen, Knopfgarnitur
und Faltenrock Stück 9.50, 7.50 5.90
Waschsamt-Kleider Damen-
und Frauenlörm, bis zu den größten Weiten, je
nach Ausföhrung u. Qual., St. 9.50, 8.50 4.90
Wollstoff-Kleider unifärbig,
jugendliche u. Damengrößen, elegante, moderne Ver-
arbeitung u. in den schönsten Modelfarben,
Stück 9.50, 7.50, 6.50, 5.90 4.90
Bis zu den größten Weiten!

Frauenkleid
bis zu d. größten
Wellen, in mo-
dernen Farben
und pa. Rips-
popeline. Stück 12.50

Frauen-Kleider aus guten und
best. Wollstoff.
hergestellt, in verschiedenen kleidsam. u.
praktisch. Form., St. 14.50, 12.50, 9.50 7.50
4 Serien **Charmeusekleider**
jugendlich u. Frauform., pa. maschenfeste
Trikot-Charmeusequal. in den allerbesten
Farben Stück 14.50, 12.50, 9.50 6.50
Damen-Seidenkleider aus
künstl. Seide, Maroquine, Veloutine, Flamenja
usw. herrl. Verarb., St. 24.50, 19.50, 14.50 11.50

ca. 500 Stück marineblaue
Damen-Kleider-Röcke
verschiedenartige Faltenformen, plissiert, eingelegte Falten usw.
Serie I II III IV
Stück **1.95 2.75 3.95 5.50**

Mädchen-Schul-Mäntel mit großem, warmem Plüsch-
kragen, je nach Größe, 6.95
Qualität Stück 12.50, 10.50, 8.75
Knaben-Winter-Mäntel aus guten, praktischen Stoffen
warm gefüttert Stück 12.50, 10.25 7.50



6 große Hüte
Schlager Hüte
Filzglocken mit Bandgarnierung,
in vielen Farben
weiche Qualität Stück 75 Pf.
Kappe fesche, jugendliche, zweifärbig
mit Agräthenabschluß, mod.
Farben Stück 1.45
Damenhut fescher, aufgebogener, mit hübscher Federfantasie
und Bandgarnitur, gute Qualität, in dunklen, modern.
Farben Stück 1.90
Filzkappe in sehr kleidsamer Form, mit aparter Filzgarnierung
in dunklen und mittleren Farben Stück 2.75
Chasseur modern, mit Federfantasie, weiche Filzqualität, mittlere
und dunkle Farbtöne Stück 3.25
Der **Postillon** mit Bandgarnierung, sehr kleidsame Form,
in modernen schönen Farben. Stück 3.75

MESSOW
G. m. b. H.
Schmiedebrücke
WALDSCHMIDT

KÖPFE UND PROZESSE
Von MAXIMILIAN HARDEN
Ganzleinen RM 2,85
Was Harden mit weitschauendem Blick vorausgesagt und in
seinem Mut zur Wahrheit gegeben hat, hat sich durch die
Entwicklung und die nunmehrige Veröffentlichung amtlichen
Materials bestätigt. Bismarck, Wilhelm II. und Edward VII.
Briand, Lloyd George, Lenin und Erzberger, Eulenburg und
Hözl, aber auch Zola, Tolstoi, Rockefeller u. a.: sie erstehen
alle in diesem Buche plastisch vor uns und werden enträtselt.
Buchhandlung Volkswacht, Breslau, Fürststraße 4/6

Politische Nachrichten

Rückwirkung von Frankreichs Kapitalpolitik

Paris, 18. September. (Eigener Funkbericht.)

Der in England ermöglichte Plan, durch Erhöhung der Zölle die Einfuhr von Luxusartikeln zu erschweren, zu verringern und dadurch das Defizit des englischen Außenhandels zu verringern, hat in Frankreich Handels- und Industriezweigen starke Unruhe hervorgebracht, da England der Hauptmarkt Frankreichs für diese Erzeugnisse ist. Die Regierung hat dem Präsidenten der Pariser Handelskammer einen Brief gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, dass eine Verwirklichung des englischen Planes den Tod einer großen Anzahl französischer Unternehmen besonders in der Pariser Gegend bedeuten würde. Man spricht daher die Hoffnung aus, dass die sicherlich vom Handelsminister bereits unternommenen Schritte die englische Regierung zum Verzicht auf ihr Vorhaben veranlassen werden. Die Handelskammer von Lyon hat im gleichen Sinne an die Regierung geschrieben.

Rüge für Paul Boncour

Paris, 18. September. (Eigener Funkbericht.)

Der Verwaltungsausschuss der Sozialistischen Partei Frankreichs hat am Donnerstagabend eine Resolution über die Wahlakt angenommen, die hauptsächlich gegen das Verhalten Paul Boncour bei der kürzlich erfolgten Wahl zum Senator gerichtet ist. Paul Boncour hatte erklärt, dass er keine Kandidatur annehme, wenn sich die Stimmen aller Fraktionen vereinigen würden. Die Entschädigung erinnert die Bezirkskomitees und alle verantwortlichen Parteimitglieder daran, dass die Kandidatur nur im Namen der Sozialistischen Partei und der Basis des Parteiprogramms aufgestellt werden dürfe. Man fordert sie auf, über die Anwendung dieser Regel und die Einhaltung der Kongressbeschlüsse streng zu wachen.

Die Frage der Soldkürzungen in der englischen Flotte

Kritik an dem Verhalten der Regierung — Strenger Befehl gegen neue Disziplinbrüche

London, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die Atlantikflotte befindet sich auf dem Wege zu ihren Heimathäfen, wo die Untersuchung über die durch die Lohnkürzungen verursachten Härten vorgenommen werden soll. Wenn auch kein direkter Disziplinbruch vorliegt, so ist das nur dadurch vermieden worden, dass die Offiziere, selbst von den Kürzungen betroffen, es nicht durch Befehle auf ihren Untergebenen zur direkten Gehorsamsverweigerung kommen lassen, sondern den Beschwerden der Unzufriedenen Gehör schenken und ihnen eine demonstrative Wirkung verschaffen haben. Das schnelle Nachgeben der Regierung ist infolgedessen verschiedentlich kritisiert.

Am Donnerstag Nachmittag verlas Sir Austen Chamberlain in seiner Eigenschaft als erster Lord der Admiralität im Unterhaus einen Befehl, den die Admiralität an die Flotte ausgegeben hat. Darin wird die Disziplin der Regierung wiederholt, besonders Härten zu vermeiden. Gleichzeitig wird gesagt, dass von nun an jede Forderung, die Befehle auszuführen, streng bestraft werde. In einer Diskussion zwischen Sir Austen Chamberlain und Alexander, dem früheren Marineminister, griff Macdonald ein und sagte, die vorige Regierung sei davon infor-miert worden, dass die Angehörigen der Flotte sich mit Soldkürzungen abfinden würden, falls das ganze Land solche Opfer zu nehmen würde und auch die Arbeitslosen davon nicht ausgenommen wären.

Das Unterhaus wurde schließlich auf den Wunsch der Opposition auf Donnerstagabend vertagt. Die Frage der Soldkürzungen in der Flotte soll dann weiter diskutiert werden.

Ein sonderbarer Titel

Madrid, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der von der spanischen Nationalversammlung mit 170 gegen 85 Stimmen angenommene Artikel 1 der republikanischen Verfassung lautet wörtlich: „Spanien ist eine liberale, demokratische Arbeiterrepublik“. Für diese Fassung stimmten Sozialisten, Radikale-Soziale, Katalanische Linke, baskische Radikal-Republikanische Linke, Fortschrittspartei und Quartier.

Paris, 18. September.

Havas meldt aus Madrid, die vorgestern auf sozialistischen Antrag von der Kammer angenommene Formel, Spanien sei eine demokratisch liberale Arbeiterrepublik zu bezeichnen, sei in jeder Fall gelassen worden; die Radikale Partei habe in der Kammer erklärt, dass man zugunsten der Sozialisten eine Arbeiterrepublik gestimmt habe; die angenommene Fassung könnte aber im Auslande in gefährlicher Weise ausgelegt werden. Sie hätten deshalb mit anderen Abgeordneten gegen Artikel 1 in der neuen Verfassung Stellung genommen. Ministerpräsident Zamora habe gestern in einer Rede vorgeschlagen, Artikel 1 aufs neue an den Verwaltungsausschuss zu verweisen, wobei er großen Beifall erhalten habe. Die vorgestrichene Abfassung könne als noch endgültig angesehen werden. Höchstwahrscheinlich werde man sich auf folgende neue Formel für den Artikel 1 einigen: Spanien ist eine liberale und demokratische Republik, deren Grundlage die Arbeit bildet.

Todesurteile

gegen die chilenischen Meuterer

Newport, 18. September. (Eig. Funkbericht.)

Am Donnerstag wurden 6 Anführer der chilenischen Matrosenrevolte vom Kriegsgesicht zum Tode verurteilt. Zahlreiche andere Hauptbeteiligte an der Meuterei erhielten langjährige Haftstrafen. Anlässlich des Urteils kam es in der chilenischen Hauptstadt zu großen Demonstrationen für die Begnadigung der zum Tode verurteilten Matrosen. Vor allem sind die sozialistischen Parteien um die Begnadigung der verurteilten Matrosen bemüht.

Antiklerikaler Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieteren

(Nachdruck auch mit Witterungsangelegenheiten)

Bei nur schwacher Luftbewegung hält die meist kälter bewölkte und mit Witterung in den Subarenaländern unerschütterte an. Störungen, die von Süden wie Nordwesten gegen Mitteleuropa an Raum gewinnen, werden weiterhin zu einzelnen Niederstößen führen. Aussichten für das schließliche Flachland, Mittel- und Hochgebirge: Bei schwacher Luftbewegung meist kälter bewölkter, zum Teil nebliger, mit Regen, zeitweise Regen.

Sonnenaufgang: 5,37 Uhr — Sonnenuntergang: 18,11 Uhr.

Arbeiter-Sport

Fußballvorbereitungen für den 20. September

Später nicht anders angegeben, beginnen die Spiele der ersten Mannschaften um 18.00 Uhr. Es stehen sich gegenüber: R. S. B. — Freie Sportfreunde im Bebelpark. Das Entscheidungsspiel um die Gruppenmeisterschaft der ersten Gruppe, F. S. B. muß gewinnen, um Meister zu werden. Strehlen — Sparta in Strehlen. Es wird Sparta laun möglich sein, einen Sieg zu erringen. Astoria — Schönbankwitz auf der Weidenau. Tritt Schönbankwitz mit voller Mannschaft an, dann hat Astoria noch nicht gewonnen. Wohlan — B. f. A. in Wohlan. Hier heißt der Sieger Wohlan. Rawallen — B. f. A. in Schwofitz. Rawallen muß mächtig aufpassen, sonst ist Adler als Gruppenmeister durch. Festa gegen B. f. A. in Gräßchen. Der Ausgang dieses Spieles könnte eine Tabellenverschiebung in der dritten Gruppe mit sich bringen. S. B. — Trebnitz in Klottenhof. Trebnitz dürfte dieses Spiel verlieren.

Gesellschaftsspiele

Sturm — Blau-Weiß um 10.00 Uhr in Maria-Höfen. Mit einem interessanten Spiel, wobei der Ausgang völlig offen bleibt, ist zu rechnen. B. f. A. — Schwarz-Rot, Krieg am Schlachthof. Es dürfte sich eines der besten Spiele des Sonntages entwickeln. R. S. B. — S. K. im Stadion. An einem Siege der Vereinigten ist kaum zu zweifeln. B. f. A. — 1921 in Oltaschin. Der Gruppenmeister der zweiten Klasse könnte die Ueberraschung des Sonntags bringen. Dswitz — 1928 in Dswitz. 1928 hat nicht viel Aussicht auf Sieg. Eintracht — Wader in Mafelwitz. Der Form nach müßte Wader zu einem sicheren Siege kommen. Pfeil — Haken auf der Zankholzwiese. Die Aufgabe, die sich Pfeil gestellt hat, wird nicht zu lösen sein. Wärsdorf — Döms in Wärsdorf. Döms ist bestimmt die stärkere Mannschaft und dürfte demzufolge auch gewinnen. Falke — Rapid in Neulirch. Ein ausgeglichenes Spiel ist zu erwarten. Stern — Einigkeit in Gräßchen. Eines der besten Spiele des Sonntags. Hundsfeld — Müllisch in Hundsfeld. Der Sieg für Müllisch ist sehr zweifelhaft. Herrprotsch — Einheit in Herrprotsch. Einen Sieger

kann man im Voraus nicht nennen. Rantz — Schmalz in Rantz. Schmalz hat in letzter Zeit eine Formverbesserung, so daß ihr Sieg nicht unerwartet wäre. Tasmania — Sanitz um 18.00 Uhr an der Niemannhöhe. Hier sollte Tasmania zu einem Siege kommen.

Freie Turnerschaft Breslau C. V.

8. Männer-Abteilung. Sonntag, früh 9 Uhr, alle Turnier in unterer Turnhalle zur Vorturnerkunde.

Wassersport

Freie Schwimmer. Sonntag: Vereinsabfahrt nach Döls. Dortselbst Handballspiel gegen Freie Turnerschaft Döls. Mittagsnahe. Verpflegung nach Belieben. Treffpunkt 7.30 Uhr, Margaretenstraße. — Badenkaufausflug. Heute, 19 Uhr, Bielefeldbad. — Abteilung Nord. Heute, 20 Uhr: Vorstandssitzung.

Arbeiter-Nad- und Kraftfahrer Breslau

20. September: Fuchsjagd. Start 13 Uhr, Güntherbrücke. Das Gelände wird am Start bekanntgegeben. Anschließend: Armbrunde- und Damensfahrten.

Jugendabteilung. Wir nehmen an der Fuchsjagd der Ortsgruppe teil. Bei Regenweiter im Jugendheim, Schubbrücke 45 von 17 bis 22 Uhr.

Motorradfahrerabteilung: Nach dem Fürstensteiner Grund, Liebhau, Start 7 Uhr am Friedeberg. Fahrordnung: Gruppen- und Einzelfahrer. Fahrer: Genosse Jany. Nachmittags nach dem Reibniser Südoast. Start 13 Uhr am Vereinslokal.

Abteilung Deutsch-Willa. Wir nehmen an der Ortsgruppen-Fuchsjagd teil. Start 12 Uhr bei Wannal.

Ortsgruppe Saccan. Sonnabend, 19. September, 20 Uhr: Vereinsversammlung. Sonntag, 20. September: Ausfahrt nach Reibniser Hof. Abfahrt 11.30 Uhr. Vereinslokal. Kinder und Jugendliche: Bezirksspiele in Wildschütz. Abfahrt 8.30 Uhr.

Kulturvereine

Freie Menschen. Sonntag sind Abfahrtskisten nach Strehlen: 7.30 Uhr: Gräßchener Straße, Diertant. 8 Uhr: Ring. 8.30 Uhr: Dübentz, Ede Schönstraße.

20.-
der Pfandschein

19.75
kostet er

Breslau 6
Direkt Leihgeschäft für
Kleidungsgegenstände, Möbel, Bücher, Kunstgegenstände, Schmuck, etc.
Abteilung für: Bekleidung, Möbel, Kunstgegenstände, Schmuck, etc.
Mittelschiffen & Paketen

Berliner Platz 2
Pfandgeschäftsbureau
Leihgeschäftsgegenstände
Kaufmanns-Handelsgesellschaft
Breslau

dieser moderne zweireihige Anzug aus dauerhaftem Cheviot neuester Musterung. — Gibt es einen besseren Beweis dafür, wie unverhältnismäßig preiswert unsere Herrenkleidung ist, wenn das städtische Leihamt für denselben Anzug, der bei uns 19.75 kostet, 20.— RM bezahlt? Der Wert des Anzuges ist also weit höher eingeschätzt, wird doch erfahrungsgemäß von den Leihämtern üblicherweise nur ein Drittel des von Fachleuten taxierten Wertes gezahlt. Es ist aber tatsächlich so! Sie kaufen bei uns immer viel bessere Qualitäten, als der Preis vermuten läßt.

Petersdorf

Zahlungsvereinfachung durch Kunden-Kredit G.m.b.H., Gartenstraße 67

Landestongress des französischen Gewerkschaftsbundes

Debatte über den Rechenschaftsbericht - Vertrauen für Jouhaux

Paris, 16. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der französische Gewerkschaftstongress setzte am Mittwoch die Debatte über den Rechenschaftsbericht des Vorstandes fort.

Die Vormittagsitzung war zum größten Teil durch eine Rede des früheren Sekretärs der CGT, Dumoulin ausgefüllt, der die Tätigkeit der Bundesleitung scharf kritisierte und für einen Einigungskongress eintrat. Der Redner wandte sich gegen die Zugehörigkeit Jouhaux zum französischen Völkerverbandsdelegation, da die Arbeiterklasse im Völkerverband nicht gerecht vertreten sei. Man wende zwar ein, so erklärte er, daß der Arbeiterdelegierte nicht die Regierung vertritt, sondern die nationale Gesamtheit. Wenn man diese Begründung zulasse, müßte die Wahl des Arbeitervertreters dem Gewerkschaftsbund überlassen werden. Auf jeden Fall könne die Politik der Zugehörigkeit zu Regierungskommissionen nur fortgesetzt werden, wenn alle Fragen, die sich aus ihr ergeben, vom Kongress genau geprüft seien. Insbesondere habe er, der Redner, kein unbegrenztes Vertrauen mehr zu der Locarno-Politik Briands. Er sei für einen offiziellen Einigungsakt, d. h. einen Kongress, schon um dem Unternehmertum den Einigungswillen der Arbeiterklasse deutlich vor Augen zu führen. (Großer Beifall.) Wenn man auf den spontanen Eintritt der kommunistischen Gewerkschaften in die Nationalverbände warte, dann werde die Einheit der Arbeiterbewegung niemals zustande kommen. Angesichts des Kapitalismus, dessen Krise keine Macht gegenüber der Arbeiterklasse verleihe, und angesichts der Annäherungsversuche Russlands an den internationalen Kapitalismus müsse so schnell wie möglich ein „Nichtangriffspakt“ zwischen den französischen Arbeitern abgeschlossen werden.

Auch der nächste Redner, ein Vertreter des Postbeamtenverbandes, griff die Geschäftsführung der CGT an, die nicht immer im Interesse der Arbeiterklasse gehandelt habe. Seine Kritik richtete sich besonders gegen Jouhaux, als der einzig maßgebenden Persönlichkeit des Vorstandes, der sich die anderen Mitglieder unterordnen. In bezug auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Wirtschaftskrise erklärte der Redner, daß eine internationale Aktion nur Zweck habe, wenn sie überall durch nationale Aktionen der Arbeiterklasse unterstützt werde. Zu diesem Zweck sei die Einigung der französischen Arbeiterklasse notwendig, die nur auf Grund des von dem 22. Ausschuss vorgeschlagenen Weges erreicht werden könne.

In der Nachmittagsitzung antwortete Jouhaux auf die gegen ihn und den Vorstand gerichteten Angriffe. In seiner Rede rechtfertigte Jouhaux in meisterhafter Weise die Geschäftsführung des Vorstandes und widerlegte die gegen ihn erhobenen Vorwürfe in bezug auf seine Zugehörigkeit zur französischen Völkerverbandsdelegation.

Jouhaux sprach zunächst sein Erstaunen darüber aus, daß verschiedene Vorredner ihn persönlich und die Politik der CGT angegriffen haben, obgleich sie selbst früher im Vorstand diese Politik unterstützten. Jouhaux gab zu, daß die Ergebnisse nicht immer den Erwartungen entsprochen haben. Das aber sei noch kein Grund dafür, die Aktion der CGT zugunsten der Forderungen der Arbeiterklasse in Grund und Boden zu verdammen. Man habe eine andere Politik verlangt, aber niemand habe präzisere Vorschläge gemacht. Die Hauptschuld an den geringen Ergebnissen trage die Weltwirtschaftskrise. Für ihre Beseitigung gebe es kein nationales Heilmittel. Die Leiden der Welt und besonders der Arbeiterklasse seien darauf zurückzuführen, daß man hartnäckig auf dem Gebiet der nationalen Lösungen bleiben wolle. Es müßten jetzt Maßnahmen ergriffen werden, die, wenn sie auch nicht das Heil bringen, doch die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse verbessern. Jouhaux rechtfertigte auch die Aktion des Internationalen Arbeitsamtes, dessen Schaffung von der Arbeiterklasse selbst gefordert worden sei. Wenn das Amt noch nicht mehr erreicht habe, so liege das vielleicht daran, daß es für die Aufnahmefähigkeit der Arbeiterklasse zu schnell gehandelt habe. Er selbst habe nicht immer in Kreisen, in denen er Einreden vorzunehmen hatte, den notwendigen guten Willen gefunden. In bezug auf sein Mandat in der Völkerverbandsdelegation erinnerte Jouhaux daran, daß er nach dem Rücktritt Paul Boncour's im Jahre 1928 gleichfalls habe demissionieren wollen. Der Landesauschuss der CGT habe ihn aber aufgefordert, auf seinem Posten zu bleiben ohne Rücksicht auf die politische Einstellung der verschiedenen Regierungen. Wenn der Kongress jetzt einen anderen Beschluß fassen wolle, so werde er sich gern unterwerfen. Er erklärte von neuem, daß wenn er in Genf nicht volle Handlungsfreiheit habe, er selbst seinen Posten niederlegen würde. Jouhaux verteidigte sich dann noch gegen den Vorwurf, daß er in Genf über andere Fragen diskutiert habe als diejenigen, über die er die Gewerkschaftsorganisationen unterrichtet habe. Er habe sein Mandat immer in dem Sinne ausgeübt, mit dem ihn die Mehrheit beauftragt hatte.

Die Rede Jouhaux wurde mit großem Beifall aufgenommen. Darauf erfolgte die Abstimmung über den Rechenschaftsbericht.

Paris, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der französische Gewerkschaftstongress hat den Rechenschaftsbericht des Vorstandes mit einer erdrückenden Mehrheit angenommen und damit vor allem die Tätigkeit Jouhaux gebilligt. Für den Bericht stimmten 1985 gegen ihn 42 Gewerkschaften. 31 Gewerkschaften enthielten sich der Stimme.

In der Donnerstag-Vormittagsitzung lehnte der Kongress mit 438 gegen 432 Stimmen bei 185 Stimmenthaltungen die Einberufung eines Einigungskongresses ab. Beschlossen wurde die Einsetzung einer Kommission, die über die Frage der Gewerkschaftseinheit gemäß den Ansichten der Mehrheit eine Entscheidung ausarbeiten soll. Die Kommission trat am Nachmittag zusammen und wird der Vollziehung des Kongresses am Freitag das Ergebnis ihrer Beratungen unterbreiten.

Am Schluß der Donnerstag-Vormittagsitzung kamen die Vertreter der ausländischen Gewerkschaftsverbände zu Wort. Im Namen des ADGB und der Gewerkschaftsinternationale begrüßte Leipart den Kongress und wünschte ihm vollen Erfolg. Leipart knüpfte dann an die Ausführungen Jouhaux auf dem Frankfurter Gewerkschaftstongress über die Verbundenheit der französischen und der deutschen Arbeiterklasse an und erklärte, es sei ihm ein Bedürfnis, in aller Aufrichtigkeit den französischen Kameraden zu sagen, daß diese Gefühle der Solidarität in den Herzen aller deutschen Arbeiter immer lebendig geblieben seien. Obgleich Frankreich noch nicht in demselben Maße wie Deutschland von der Arbeitslosigkeit betroffen sei, handele es sich bei den Erschütterungen des wirtschaftlichen Systems um ein Problem, das alle Nationen berühre und nur durch gemeinsame Anstrengungen gelöst werden könne. Von entscheidender Bedeutung sei die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Eine solche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern Weltweit wäre imstande, in Europa den

Frieden zu sichern und zu gewährleisten. Die deutsch-französische Ministerbesprechung sei zu begrüßen. Aber die Bemühungen der Staatsmänner könnten nur von Erfolg begleitet sein, wenn sie von dem Willen und der Entschlossenheit der Völker getragen würden. Hier liege die große Kulturmission der Arbeiterbewegung.

In bezug auf die Pläne von Albert Thomas über die internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sprach Leipart die Hoffnung aus, daß sie von den Führern der Wirtschaft und der Finanz unterstützt würden. Es wäre überhaupt zu wünschen, daß bei der künftigen Zusammenarbeit in Europa der Leitsatz gelte: „Der eine verliert nichts, indem er dem anderen hilft.“ Wir werden alle gewinnen oder wir werden alle verlieren.“ — Leiparts Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Reichstarif der Gemeindearbeiter bis 31. März 1932 verlängert

Die Verhandlungen des Gesamtverbandes mit dem Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands haben das Ergebnis gehabt, daß die Reichsmanteltarifverträge der Gemeindearbeiter und Straßenbahner bis zum 31. März 1932 verlängert werden. Von diesen Verträgen werden rund 800 000 Gemeindearbeiter betroffen.

Feierschichten bei der Reichsbahn

Drei im Monat

Am Donnerstag kam zwischen der Reichsbahnverwaltung und den Organisationsvertretern eine Vereinbarung dahingehend zustande, daß die Reichsbahnverwaltung das Recht hat, bis zu drei Feierschichten im Monat einzulegen. Für die Monate Oktober und November kann sie, wenn es die Betriebslage unbedingt erfordert, je eine weitere Feierschicht anordnen. Die Reichsbahn forderte in den langwierigen Verhandlungen, die bereits am vergangenen Freitag begannen, in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember für die Reparaturbetriebe der Bahnbetriebswerke und der großen Güterabfertigungen vier Feierschichten.

Von den Vertretern der vertraglich bindenden Organisationen wurde im Verlauf der Verhandlungen stark kritisiert, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft gerade für diejenigen Dienstzweige Feierschichten verlange, die an sich nach dem Tarifvertrag nur eine 48stündige wöchentliche Arbeitszeit haben, während die Dienstzweige mit einer 54stündigen wöchentlichen Arbeitszeit nicht von einer Arbeitszeitverkürzung betroffen werden sollen.

Schiedspruch für die rheinisch-westfälischen Brotfabriken

Am Donnerstag wurde für die Brotfabriken in Rheinland und Westfalen ein Schiedspruch gefällt, der die zuletzt gültigen Löhne ab 18. September um fünf Prozent ermäßigt. Für das Jahresspersonal außerhalb Düsseldorf im Alter von 16 bis 18 Jahren wird ferner der Lohnanteil von 55 auf 45 Prozent ermäßigt. Der Schiedspruch ist erstmalig am 31. März 1932 kündbar.

61,69 Prozent organisierte Bauarbeiter erwerbslos

Wie der Deutsche Bauergewerksbund mitteilt, betrug die Arbeitslosigkeit in der letzten Augustwoche 61,69 Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Im ganzen Bundesgebiet wurden 13 200 arbeitslos; Maurer gezählt. Die Erwerbslosigkeit hat binnen zwei Wochen um 11 000 Mann zugenommen.

Die Reform des Aktienrechts

Darum kommt sie nicht als Notverordnung?

Durch die neuesten Skandale in der Privatwirtschaft, vor allem durch die Platte im Blumensteinkonzern und die Schiebung bei der Firma Corda-Berl ist die Frage der Reform des Aktienrechts wieder brennend geworden. So brennend, daß wohl alle diejenigen Bestimmungen der geplanten Novelle, die keinen Ausnahmevertrag, durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden müssen. Alle übrigen Bestimmungen kann man wohl der Entscheidung der gesetzgebenden Körperschaften unterbreiten. Würde sich die Reichsregierung zu diesem Vorgehen entschließen, so wäre grundsätzlich dagegen nichts einzuwenden. Es liegt im Sinne der Verfassung, daß auf dem Wege der Notverordnung nur Materien behandelt werden, die einem wirklich dringlichen Notstand abhelfen sollen. Ein solcher Notstand liegt in der Tat, wie die Katastrophe dieses Sommers bewiesen hat, im Aktienwesen vor. Inwieweit ist der Erlaß einer Notverordnung berechtigt. Aber der ursprünglich vom Reichsjustizministerium veröffentlichte Gesetzentwurf über die Reform des Aktienrechts enthält darüber hinaus eine Unmenge von Bestimmungen, deren Regelung ohne besonderen Schaden einen gewissen Aufschub ertragen würde. Diese Bestimmungen müssen auf jeden Fall auf den ordentlichen Gesetzgebungsweg verwiesen werden.

Bei dieser Gelegenheit soll nochmals daran erinnert werden, in welchen Punkten eine Reform des Aktienrechts dringlich und unaußschleibbar erscheint. Ueber die Dringlichkeit der Verabschiedung der Publizitätsbestimmungen und der Einschränkung der Pflichtrevision dürfte es heute in Deutschland kaum mehr Meinungsverschiedenheiten geben. Dafür waren die Skandale der letzten Monate eine zu graumächtige Lehre. Aber es wird darauf zu achten sein, daß diese Bestimmungen weitgehend genug sind und keine Marken mehr freilassen, durch die die „Wirtschaftsführer“ hindurchschlüpfen können. Deshalb ist zu fordern, daß die Pflichtrevision zumindest bei den größeren Unternehmen sofort eingeführt wird und nicht erst, wie es im ursprünglichen Entwurf vorgesehen war,

Am katastrophalsten ist die Arbeitslosigkeit im Bezirk München, wo 80 Prozent der Mitgliedschaft erwerbslos sind, folgen die Bezirke Köln, Breslau und Frankfurt am Main. Am günstigsten ist die Lage im Bezirk Kofod; aber auch hier 50 Prozent der Mitglieder ohne Arbeit.

Die Kurzarbeit im Brauereigewerbe

40-Stundenwoche in 20 Bezirken

Im Brauereigewerbe sind bisher durch Verhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände 20 Kurzarbeitsabkommen abgeschlossen worden, die sich auf größere Städte erstrecken. Das Uebereinkommen für Westfalen, Ostfalen und den Regierungsbezirk Merseburg umfaßt beispielweise 193 Brauereien mit 4630 Arbeitern. Die Arbeitszeit von 40 Stunden wöchentlich vor. Die Kurzarbeit wird in der Weise durchgeführt, daß in der Woche im allgemeinen ein Arbeitstag ausfällt. Die Löhne ermäßigen sich um 13 bis 15 Prozent.

Unterrichtskurse

Der Verein schlesischer Korrektoren im Verband der Deutschen Buchdrucker veranstaltet auch in diesem Jahre einen Korrektorkursus. Beginn Donnerstag, den 8. Oktober, 19 Uhr, in der Aula des Gymnasiums, für Beihilfliche 1 Mark. Anschließend von 20 bis 21 Uhr: Stenografischer Kursus (System Stenodachgraphie). Kosten einschließlich Lehrmaterial 4 Mark, für Beihilfliche 2 Mark. Schriftliche Anmeldungen erbeten an Kollegen Härtel, Alsenstraße 38, I.

Die Waffenkündigungen im Ruhrrevier

nehmen immer größeren Umfang an. So hat die Vereinigung zum Lothringen-Konzern gehörenden Zeche „Präsident“ am 1. Oktober Entlassungen von 300 Bergarbeitern gestellt. Der Vereinigten Stahlwerken gehörende Bochumer Verein beantragt das Köhrenwerk Hentrop still zu legen. Betroffen sind hier, falls die Stilllegung durchgeführt wird, etwa 700 Mann.

Normale Entwicklung der Reichsbank

Die Reichsbank hat sich in der ersten Septemberwoche, der ersten Woche ohne Restriktionen und verringertem Diskontsatz, durchaus normal entwickelt. Vor Ende der Woche betrug die Reichsbankkredit vorläufig 297 Millionen Mark, um die der Reichsbankkredit vor August vergrößert werden mußte, sind 170,2 Millionen zurückgefallen. Damit senkt sich der von der Reichsbank gewährte Kredit auf 3279,8 Millionen Mark. Die Bestände an Staatspapieren und Schecks gingen um 79,6 Millionen Mark auf 11,4 Millionen Mark zurück. Der Lombardkredit verringerte sich um 56,2 Millionen Mark auf 151,4 Millionen Mark. Der Reichsbankwechsel gegebene Kredit konnte um 34,3 Millionen Mark auf 4,1 Millionen Mark verringert werden.

Der Notenumlauf wurde um 100,4 Millionen auf 4702,5 Millionen Mark eingeschränkt. Bei den Devisenbeständen liegt eine starke Steigerung um 44,2 Millionen Mark auf 404 Millionen Mark vor. Die Goldbestände nahmen um 4,4 Millionen Mark auf 1370,5 Millionen Mark zu. Damit hat die Reichsbank die Notendeckungsgrenze wieder erreicht. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen wird mit 41,3 Prozent angegeben gegen 39,3 Prozent in der Vormoche.

Der Großhandelsindex hat sich in der ersten Septemberwoche, Preise von 1913 = 100 gesetzt, von 109,4 auf 109,9 erhöht. Die Agrarpreise gingen um 0,5 Prozent auf 101,6 zurück. Kolonialwaren um 0,7 Prozent auf 93,4, die industriellen Stoffe und Halbwaren um 0,3 Prozent auf 100,6 und die industriellen Fertigwaren um 0,2 Prozent auf 134,9.

Der Index für die Produktionsmittel ist mit 130,6 geblieben, während bei den Konsumgütern ein Rückgang um 0,4 Prozent auf 138,2 Prozent vorliegt.

Der in der Reorganisation begriffene Nordwollekonzern nach dem Zusammenbruch die Arbeitszeiten stark verringert und Entlassungen größten Stils vornahm, hat in seiner Bochumer Abteilung (Kämmerei und Sortiererei) mit der Einstellung neuer Arbeitskräfte begonnen. In Frage kommen nächst 120 bis 130 Textilarbeiter.

Uebergangsbestimmungen geschaffen werden. Bei den Publizitätsbestimmungen ist auf Grund der jüngsten Erfahrungen zu fordern, daß vor allem die Verflechtungen mit anderen Unternehmen (Tochtergesellschaften usw.) aufs schärfste genommen werden und daß die Geschäfte der Tochtergesellschaften mit ihren eigenen Verwaltungsmitteln und deren Bezüge vollständig erfaßt werden. Zur Sicherung dieser Bestimmungen müssen auch sehr scharfe Sanktions- und Strafbestimmungen erlassen werden, die weitgehend härtere sind, als der ursprüngliche Entwurf vorgesehen hatte.

Dringlich erscheint uns auch angesichts des Skandalens im Brauch der Verwaltungsmacht in zahlreichen Fällen die Reform des Stimmrechts. Vor allem muß gefordert werden, daß dem Mehrheit im Rechtsinhalte durch weitgehendere Maßnahmen gesteuert wird, als ursprünglich vorgesehen war. Das Zweckmäßigste wäre, das Mehrstimmrecht generell auf Genehmigung durch eine staatliche Stelle zu knüpfen, die nur in wirtschaftlich berechtigten Ausnahmefällen erteilt werden dürfte. Ebenso muß auch der Anzug des Depositionsrechts der Banken beseitigt werden.

Und schließlich, aber nicht an letzter Stelle ist zu fordern, daß endlich einmal der Mißachtung der Rechte der Aktionäre in den Aufsichtsräten vieler Unternehmen ein Riegel vorgeschoben wird. Deshalb ist zu verlangen, daß die Aufsichtsräte in jeder vom Aufsichtsrat gebildeten Kommission vertreten sind und von sich aus das Recht zur Einberufung des Aufsichtsrates erhalten, ebenso wie das Recht, an der Generalversammlung teilzunehmen und dort das Wort zu ergreifen.

Alle genannten Forderungen sind so vordringlich, daß angesichts des unzulässigen Notstands in der rechtlichen Regelung des Aktienrechts ihre Durchföhrung durch Notverordnung gerechtfertigt und notwendig erscheint. Mit allen übrigen Bestimmungen der geplanten Aktienrechtsreform aber hat die Regierung an Reichstag und Reichstags zu wenden.

Auf der Suche nach den Eisenbahnattentätern

Die Mitwisserin von Darmstadt

Das hessische Landestribunalpolizeiamt Darmstadt teilt mit: Ist möglich, daß man durch einen Vorfall in der Bergstraße Eisenbahnattentätern auf die Spur kommen kann. Als Mitwisserin kommt vermutlich eine Berta Krösling in Frage, die in Gesellschaft eines Mannes reist oder reiste. Wie sie handelt, handelt es sich vielleicht um eine Mitwisserin des Eisenbahnanschlages auf Zücherberg. Sie hat sich durch Aussagen das Verbrechen von Zücherberg verdächtig gemacht.

Kommunist mit Brückenzeichnung

Ein stellungsloser Chauffeur teilte der Budapester Polizei mit, daß vorige Woche zwei Arbeiter, die Schlosser Szakaci und Kézner, ihn aufgefordert hätten, für gutes Geld an dem Bombenanschlag teilzunehmen. Defektive gezeichneten Szakaci und Kézner bald und stellten zunächst fest, beide Mitglieder der kommunistischen Partei. In den Taschen des Szakaci wurde ein Notizbuch entdeckt, unter anderem einen Situationsplan und den Maßstab der Eisenbahnbrücke in Ujpest, ferner chemische Formeln für Sprengstoff und andere Sprengmittel enthielt. Bei der Vernehmung erklärte Szakaci, er sei Kommunist aus Überzeugung habe die Absicht gehabt, die Brücke mit sich selbst in die Luft zu sprengen, um hierdurch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Elend der Arbeitslosen zu lenken. Beide wegen kommunistischer Umtriebe bereits bestraft sind, werden sie von der politischen Polizei verhaftet, die nun ebenfalls nach ihrer Tätigkeit während der letzten Zeit forschen wird.

Der Berliner Juristen-Skandal

Die amtliche Untersuchung über den Fall Gladenes schreitet fort. Ueber den früheren Anwalt Gladenes, von Stinnes für seine selbständige Vermittlerleistung im sogenannten Aufwertungsprozeß erhebliche Zuwendungen bekommen und weitere, um die er sich betrogen fühlte, eingeklagt hat, sind inzwischen weiteres Belastungsmaterial bekannt worden. Glade unterhielt während seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt enge Beziehungen zu einem bekannten Berliner Journalisten, der in Steuer- und deshalb in Gerichtsschwierigkeiten geraten war. Glade hat den betreffenden Journalisten "Konten" und scheint dafür bezahlt worden zu sein. Wie weit die Ehefrau Glade nun ihrerseits den Vorstehenden des Stinnes-Vertrages, Landgerichtsdirektor Arndt, ausgehört ist, ist gar nicht bekannt, läßt sich noch nicht sagen. Immer wird dem Landgerichtsdirektor Dr. Arndt auf Grund der an ihm erhobenen Ermittlungen, "fahrlässiges Verhalten" zur Last gelegt. Der Disziplinarverfahren des Kammergerichts hat das förmliche Disziplinarverfahren gegen Arndt eröffnet und Amts suspension angeordnet.

Verhaftete Mörder

Von Beamten der Dresdener Kriminalpolizei wurden der Mann Stefan und der Installateur Bulbin verhaftet. Sie sind geständig, ihren früheren Freund, den Gärtnergehilfen Otto Hecht erschossen zu haben. Hecht wurde am 13. September in der Nähe von Stehsch an der Mündung des Zifornerbaches in die Elbe mit einer Schußwunde im Kopf tot aus der Elbe gezogen. Wer von den Tätern die Anregung zu dem Verbrechen gegeben hat, weiß man noch nicht. Jetzt geht aber, daß beide schon vor einigen Wochen einen Mordversuch an Hecht begangen haben, indem sie auf einem Spaziergang eine mit Kattengift beschmierte Wurst anboten. Das Motiv der Tat scheint in einer Liebesaffäre zu suchen zu sein; außerdem dürften materielle Gründe eine Rolle spielen.

Ermordung eines Ehepaars

In der Nähe von Oschersleben wurde der 21 Jahre alte Walter Zemper verhaftet. Zemper ist geständig, am 1. September gemeinsam mit seinem Freund dem Schlosser Fleischmann, das Ehepaar Wilhelm Klump in Oschersleben (Kreis Oschersleben) ermordet und beraubt zu haben. Fleischmann wird noch gesucht. Die Mörder haben die Leute, die im 66. und 67. Lebensjahr standen, nach einem Kampfe überwältigt und erwürgt. Dann suchten sie die Räume, erbeuteten aber nur 5 Mark und zwei Mäntel, die sie nach ihrer Flucht bei einem Gastwirt in Oschersleben als Pfand zurückließen, weil sie ihre Leiche nicht mitnehmen konnten. Die Mordkommission der Landespolizei fand bei ihrer Vernehmung im Klump'schen Hause unter anderem einen Knopf, einem der Täter im Handgemenge abgerissen worden war. Diese Weise wurde Zemper ermittelt, der früher bei Klump als Bauernknecht angestellt war. Als Zemper verhaftet wurde, bekannte er die Tat; er bequeme sich erst zu einem Geständnis, er zu einem Lokaltermin nach Hethoben gebracht werden. Er nannte Fleischmann als Mittäter.

Die Tragödie in Bueren bei Wesel

Zu der gestern geahdeten Tragödie in der Gemeinde Bueren, wo die Frau und zwei Söhne des Schmiedemeisters Behling tot aufgefunden wurden, wird weiter mitgeteilt, daß am nachmittag die Mordkommission am Tatort weilte. Die Leichen lagen nicht, wie zuerst gemeldet, in den Betten. Behling lag man am Fensterrand, den jüngeren Sohn an der Türangel erhängt vor, während der ältere Sohn auf dem Fußboden lag, da der Strid, an dem er erhängt war. Alle drei wiesen Schnittwunden am Hals auf. Es erscheint ziemlich sicher, daß der Ehemann noch in der Nacht nach seiner Wohnung zurückgekehrt ist, aber das Haus wieder verlassen hat. Der in der Wohnung gefundene Zettel, der die Worte enthielt: "Es ist drei Uhr. Mann ist noch nicht zurück", enthielt auch den Hinweis, daß in einer bestimmten Stelle im Hause 500 Mark finden. Dieser Betrag lag tatsächlich an der angegebenen Stelle.

Die eingehenden Feststellungen der örtlichen Beamten und der Mordkommission ergaben einwandfrei, daß Mutter und Kinder im gegenseitigen Einverständnis gemeinschaftlich aus dem Leben geschieden sind. Vor Ausführung der Tat hat Frau Behling noch einen längeren Brief für ihre Angehörigen geschrieben, in dem es u. a. zum Schluß heißt: "Wir haben beschlossen, gemeinsam zu sterben." Dazu wird bemerkt, daß der Schmiedemeister und Landwirt Heinrich Behling seit einiger Zeit in schlechten finanziellen Verhältnissen befand und seinen geldlichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. In letzter Zeit sind häufiger Wändlungen erfolgt. Die Ehefrau ist erst am Abend vor ihrem Tode durch Verwandte über ihre wirkliche wirtschaftliche Lage aufgeklärt worden. In Verzeihung hierüber wird sie zu der unseligen Tat geschritten sein. Behling selbst ist gegen 8 Uhr abends zuletzt gesehen worden, als er sein Haus mit einem Fahrrad verließ. Das Rad ist im freien Felde in der Nähe des Kriegerdenkmals gefunden worden. Von Behling selbst fehlt bis jetzt jede Spur. Es wird angenommen, daß er sich ebenfalls ein Leid angetan hat.

Die Trauerfeier für die Opfer des Eisenbahnanschlages bei Via Torbagn

Auf der Budapester Generalwiese fand gestern nachmittag die Trauerfeier für die Opfer der Eisenbahnkatastrophe von Via Torbagn unter Teilnahme vieler Tausender statt. Nicht nur die öffentlichen Gebäude, auch die meisten Privathäuser hatten Trauerflaggen gehißt. In der Mitte der sonst zu Truppenübungs- und Paraden benutzten Wiese hatte eine Ehrenkompanie aufgestellt genommen. Anwesend waren der Ministerpräsident, der Innenminister, der Kultusminister und der Justizminister, der Oberstadthauptmann und alle Spitzen der Behörden. Weiterhin sah man zahlreiche Abordnungen. Die 20 Säрге, um die sich die Hinterbliebenen der Opfer versammelt hatten, waren mit Kränzen der Regierung und der Hauptstadt geschmückt. Die vier Säрге der beiden belgischen und der beiden englischen Opfer waren mit den Fahnen ihrer Länder bedeckt. Punkt 3 Uhr spielte das Orchester der Staatspolizei als Auftakt der Feier den Trauermarsch von Chopin. Dann hielt Justizminister Dr. Szidvan im Namen der Regierung die Trauerrede. Er gab zunächst dem tiefen Mitgefühl für die unglücklichen Opfer und ihrer Hinterbliebenen Ausdruck und charakterisierte dann das ruchlose Verbrechen als die sinnlose Tat eines Wahnsinnigen, die der ganzen Menschheit ein warnendes Menetekel sei. Nach der Rede des Ministers, die, wie die ganze Feierlichkeit, durch den Rundfunk verbreitet wurde, spielte das Orchester die ungarische Landeshymne. Sodann erfolgte die Einsegnung der Leichen durch die Seelsorger der einzelnen Konfessionen. Zum Schluß wurden die Säрге auf die Wagen gehoben, die nun auf den Friedhof führen, wo die Hauptstadt für die Opfer Ehrengräber zur Verfügung gestellt hat.

Ekrasitfund bei Via Torbagn

Bei gründlicher Durchsuhung der Umgebung der Unglücksstelle von Via Torbagn wurde am Abhang des Bahndammes unter einem Busch ein stangenförmiges Stück Ekrasit gefunden. In dieser Form wird der Sprengstoff bei Bergbauarbeiten verwendet. Man nimmt an, daß die Verbrecher die Höllenmaschine an dieser Stelle aufgestellt und das Ekrasit dabei verloren haben.

Aus der Privat-Wirtschaft

Den 12 Millionen-Verlust der Firma Schweizer & Oppler Die Millionenverluste bei der Berliner Schrothandelsfirma Schweizer & Oppler, die jetzt die Staatsanwaltschaft beschäftigt, waren in unterrichteten Kreisen schon seit geraumer Zeit bekannt. Schon vor vier Wochen auf der Generalversammlung waren die Dinge zur Sprache gekommen, der Aufsichtsrat hatte erklärt, die Direktoren der Firma hätten Geschäfte eingeleitet, die den ihnen gegebenen Anweisungen strikt zuwiderließen. Die Verluste belaufen sich schätzungsweise auf 12 Millionen Mark. Dem Vorstand wird zum Vorwurf gemacht, daß er durch Verschleierung der Bilanzen und Täuschung der Revisoren die Verluste immer wieder verheimlicht habe. U. a. sollen verlustbringende Finanzierungen für Geschäfte solcher Personen übernommen worden sein, die Vorstandsmitgliedern der Schweizer & Oppler A.-G. nahestanden.

Schmiedemeister Behling stellt sich ein

Der seit einigen Tagen verschwundene Schmiedemeister Behling aus Bueren bei Wesel, dessen Frau und Söhne in den Tod gegangen sind, hat sich gestern in Wesel gestellt. Sein körperlicher Zustand war derart, daß er sofort dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Es kann angenommen werden, daß Behling während der ganzen Zeit umhergetrieben ist. Seine Vernehmung steht bevor.

Zeppelinstart zur zweiten Südamerikafahrt

Das Luftschiff Graf Zeppelin ist in der vergangenen Nacht bei buntem Wetter, aber Windstille um 1,15 Uhr früh zur Südamerikafahrt aufgestiegen.

150000 Gulden unterschlagen

Ein Beamter des Niederländischen Finanzministeriums hat in den letzten fünf Jahren mit Hilfe falscher Buchungen 150000 Gulden unterschlagen. Der Beamte entzog sich seiner Verhaftung, indem er sich in einem Abteil eines Zuges zwischen Utrecht und Arnhem erschoss. Der Vorgesetzte des ungetreuen Beamten ist auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden.

Flugzeugkatastrophe

Am Donnerstag mittag stürzte im schwedischen Bezirk Jöpling das deutsche Flugzeug D 1812 der Deutschen Verkehrsfluggesellschaft ab. Die vier Insassen der Maschine, darunter der Pilot und ein Photograph — beides Bayern — kamen ums Leben. Die beiden noch nicht identifizierten Toten sind vermutlich Schweden. Die Maschine war von der Luftbildgesellschaft "Photogrammetrie" für Vermessungsflüge nach Schweden gechartert worden.

Nach einer späteren Meldung handelt es sich bei den beiden noch unbekanntem Toten um den schwedischen Ingenieur Fritz Danielsson und seine Ehefrau. Der Absturz erfolgte während der Ueberführung der Maschine vom Flughafen Flugbehead nach dem Flughafen Malmstadt.

Schweres Segelbootunglück im Revaler Hafen

Auf der Reede von Reval kenterte ein Segelboot, in dem sich sechs Jugendliche befanden. Fünf Insassen ertranken.

Eisenbahnattentat in Polen verhindert

Am Sonntag nachmittag ist, wie erst jetzt bekannt wird, bei Wilna ein Eisenbahnattentat verfehlt und erst im letzten Augenblick verhindert worden. Beamte, welche die Bahnstrecke zwischen Nowo-Wileika und Bzdany kontrollierten, fanden auf dem Bahndamm einen großen Steinhaufen und konnten außerdem feststellen, daß die Schienenstrahlen gelodert waren. Die Beamten konnten die bedrohte Stelle noch sichern, bevor der fällige Zug sie passierte. Vier verdächtige Personen, die sich in der Nähe der bedrohten Stelle des Bahndammes befanden und sich nicht ausweisen konnten, sind verhaftet worden.

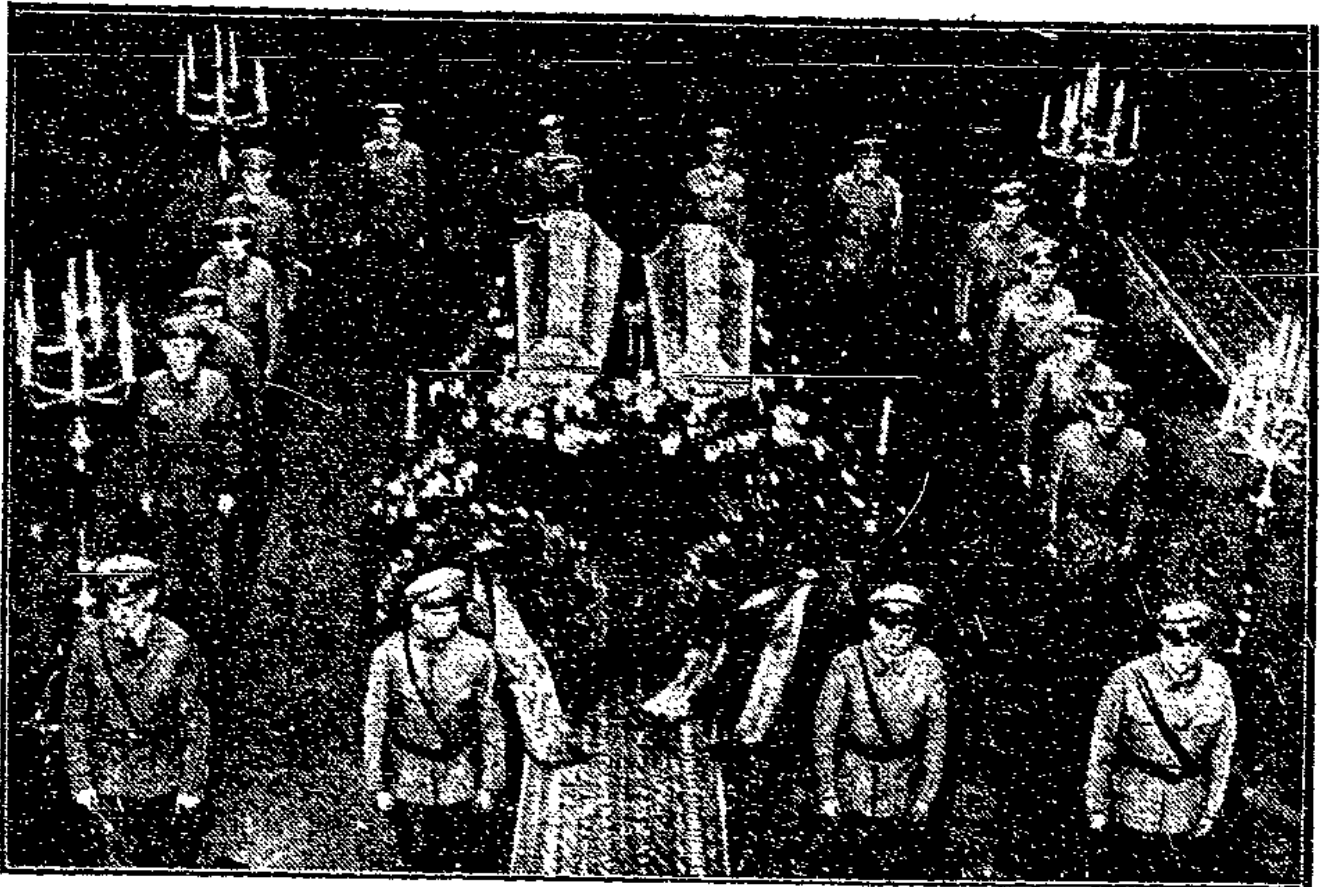
Upton Sinclair ins Krankenhaus gebracht

Der Schriftsteller Upton Sinclair ist wegen nervöser Beschwerden ins Krankenhaus von Paladena (Kalifornien) gebracht worden. Er soll vor einem Nervenzusammenbruch stehen.

Der „Wert“ der Millionäre

Wie aus Amerika berichtet wird, gibt es in den Vereinigten Staaten und Kanada 391 Personen, die den Wert ihres Lebens auf eine Million Dollar oder noch höher einschätzen und entsprechende Versicherungsprämien zahlen. 185 der 391 Millionär-Versicherungen lauten auf eine Million Dollar. Pierre S. Du Pont hat sein Leben mit sieben Millionen Dollar versichert, William Fox mit 6500000 Dollar, John C. Martin mit 6540000 Dollar, auch aus anderen bekanntgewordenen Ziffern wird ersichtlich, daß die Warenhaus-, Film- und Automobilkönige ihre Leben für die kostbarsten halten.

Die Aufbahrung der Opfer des Heimwehputzsches



Das erste in Deutschland eingetroffene Bildtelegramm von der Aufbahrung der Opfer des Heimwehputzsches. Schutzbündler halten an den Särgen der Toten die letzte Wache.

Je edler die Bohne, desto besser das Getränk
Jede Kaffee Hag-Bohne ist Qualität

Die Tätigkeit der Frauen der Britischen Arbeiterpartei

Ein umfassender Bericht über die Tätigkeit der Frauen in der Britischen Arbeiterpartei vom Mai 1930 bis April 1931 wurde der diesjährigen Frauen-Konferenz der Britischen Arbeiterpartei von der Generalsekretärin, Genossin Dr. Marion Phillips, vorgelegt. Nach diesem Bericht zählt die Arbeiterpartei jetzt 1824 Frauensektionen und umfasst rund 4 Millionen weiblicher Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei ist unverändert geblieben. Genossin Leah Manning eroberte das Mandat von East-Wellington, das durch den Tod von Dr. Ethel Bentham frei geworden war, Genossin Noel-Buxton das von North-Norfolk. Lady Cynthia Mosley ist im März aus der Partei ausgeschieden.

Die letzte Frauenkonferenz der Britischen Arbeiterpartei hatte die Frage erwogen, einen Fonds zu schaffen, um die Kandidaturen von Arbeiterfrauen zu ermöglichen. Eine Rundfrage in dieser Angelegenheit habe ein so dürftiges Ergebnis gezeitigt, daß von der Durchführung dieses Planes vorläufig abgesehen werden müsse. Die letzte Konferenz hatte auch folgenden Beschluß gefaßt:

„Diese Konferenz bringt dazu, daß die Frauenkonferenz der Arbeiterpartei eine offizielle Versammlung werde und daß ihre Beschlüsse offiziell anerkannt werden.“

Mit diesem Beschluß hat sich der Parteivorstand im Juli 1930 beschäftigt und hat nach Anhörung des Ständigen Gemeinsamen Ausschusses der Arbeiterinnenorganisationen folgendes festgestellt: Die Frauenkonferenz der Arbeiterpartei ist eine offizielle Konferenz, die auf Kosten der Arbeiterpartei und von ihr organisiert abgehalten wird. Die Beschlüsse der Frauenkonferenz können erst dann einen Bestandteil der Politik der Arbeiterpartei bilden, wenn sie vom Parteitag genehmigt sind. Die Frauenkonferenz kann jedoch jederzeit verlangen, daß ein Bericht oder ein von ihr gefaßter Beschluß vom Parteivorstand zusammen mit seiner Meinung darüber dem Parteitag vorgelegt werde. Ferner heißt es in dieser Feststellung: Wenn die Frauenkonferenz neue Fragen anspricht, wie z. B. das Hausgehilfenrecht, so wird die von der Konferenz beschlossene Unternehmung von der Arbeiterpartei unter Zuziehung des Ständigen Gemeinsamen Ausschusses durchgeführt werden. Die Partei veröffentlicht auch einen ausführlichen Bericht über die Frauenkonferenz und ihre Beschlüsse werden entsprechend publiziert. Es sei bemerkt, daß die Beschlüsse sehr selten von der gegenwärtigen Politik der Partei abweichen. Der Parteivorstand ist der Meinung, daß es zur Zeit nicht nötig sei, die Form zu ändern, in der die Frauen der Arbeiterpartei ihre Ansichten durch ihre eigene Jahreskonferenz zur Geltung bringen können. Die Zeit und „Die Arbeiterfrau“ (Labour Woman) ist inhaltlich ausgebaut worden. Die Abonnentenzahl läßt zu wünschen übrig. Frauengruppen, die das Blatt präferieren lassen wollen, werden es gratis erhalten.

Der Ständige Gemeinsame Ausschuss hat auch eine Denkschrift über den Meterschuh ausgearbeitet, der sich sowohl mit den Mängeln des gegenwärtigen Gesetzes als auch mit Abänderungsvorschlägen beschäftigt.

Mit der Müttersterblichkeit bei der Geburt und im Wochenbett hat sich das Gesundheitsministerium beschäftigt und mit den Gemeindebehörden wegen Verbesserung des Hebammenwesens, der Schwangerenberatung und des ärztlichen Hilfsdienstes in Verbindung gesetzt. Auf dem Gebiete der Geburtenregelung ist ein bescheidener Fortschritt zu verzeichnen. Das Ministerium hat mit einem Erlaß die lokalen Gesundheitsbehörden ermächtigt, innerhalb ihres Gesundheitsdienstes, aber unabhängig und räumlich beschränkt von der Schwangeren- und Mütterberatung Auskunft über Empfängnisverhütung zu geben, aber nur wenn medizinische Gründe dazu vorliegen und nur an verheiratete Frauen. (1) (Ob für die Frauen der besitzenden Klasse, die sich an die Privatärzte wenden können, solche Einschränkungen bestehen?)

Vor einer Parlamentskommission zur Untersuchung der Lage der Handelsangestellten referierte in Vertretung des Ständigen Gemeinsamen Ausschusses Genossin Phillips und forderte die 48-Stundenwoche für die Ladenangestellten, ein Verbot der Arbeit nach Ladenschluß und allgemeine Anwendung der Lohnsperrre, wie sie bei den Genossenschaften eingeführt ist. Das „Durchrechnen“, die Ermittlung eines Wochen- oder Monatsdurchschnitts von 8 Stunden, dürfen nicht zur Entschädigung für Überarbeitungen der Arbeitszeit angewendet werden. Die gesundheitlichen Bedingungen in diesem Bereiche seien besonders schlecht; insbesondere das lange Stehen. Es fehle auch an geeigneten Waschgelegenheiten.

Die von der letzten Frauenkonferenz einstimmig angenommene Resolution über den Lohn und das Gleiche Lohn für gleiche Arbeit wurde ohne Diskussion in den Bericht an den Parteitag aufgenommen.

Das Gesetz über die Staatsbürgerrechte der verheirateten Frau, wie es von Ethel Bentham kurz vor ihrem Tode eingebracht und später von Ellen Wilkinson verteidigt wurde, erfuhr im Unterhaus die zweite Lesung ohne Debatte. Der damalige Innenminister, Genosse Clynes, erklärte, daß es der Regierung bei aller Sympathie mit den Grundgedanken des Gesetzes nicht möglich sei, es zu verabschieden, weil sie an die Beschlüsse der britischen Reichskonferenz, die die Dominions einschließt, gewissermaßen gebunden sei. Er möchte aber die sehr bedeutsame Anregung, daß eine Frau, die durch ihre Heirat Ausländerin geworden sei, innerhalb des geeinigten Königreiches (England, Schottland, Wales und Nord-Irland) ihre britischen Staatsbürgerrechte behalten solle, also insbesondere das Wahlrecht, das Recht auf Pension, auf Anstellung im öffentlichen Dienst usw. und daß sie nicht der Weiblichkeit wie Fremde unterliegen solle.

Der Gesetzentwurf über Rentengeschäfte, eingebracht von Ellen Wilkinson, passierte ebenfalls die zweite Lesung.

Der Antrag — eingebracht von Genossin Victor-Luberville — daß über werdende Mütter kein Todesurteil ausgesprochen werden dürfe — weil nach dem geltenden Gesetz eine Frau, die in der Hoffnung ist, zwar zum Tode verurteilt werden kann, die Vollstreckung aber bis nach ihrer Niederkunft aufgeschoben werden muß — wird voraussichtlich noch in dieser Session Gesetz werden. Schließlich wurde in der abgelaufenen Periode noch das Gesetz über die Armenvertretung vor Gericht (Antrag Tazton) angenommen, während das Kinderkühl-Gesetz die zweite Lesung passierte.

Einen breiten Raum in dem Bericht nimmt die Arbeitslosenversicherung ein. Die Denkschrift, die von den Genossinnen Marion Phillips und Dorothy Elliott der Kommission für die Arbeitslosenversicherung vorgelegt worden war, ist fast vollständig in dem Bericht enthalten. Es wird die Einbeziehung der Hausgehilfen — ohne Unterschied wo sie im Hause des Arbeitgebers wohnen oder nicht — in die Arbeitslosenversicherung gefordert. Das würde den Frauen die Verringerung des Betrages bei Arbeitslosigkeit erleichtern; derzeit fürchten sie durch Annahme eines Hausgehilfenplatzes die Rechte aus der Arbeitslosenversicherung zu verlieren. — Bis zum Jahre 1927 wurde die Arbeitslosenunterstützung im Ausmaß für Erwachsene den Frauen vom 18. Lebensjahre an bezahlt, letzter vom 21. — Es wird die Wiederherstellung des alten Gesetzes gefordert.

Besonders reformbedürftig seien die Bestimmungen für die

schwangeren Frauen. Es wird gefordert, daß schwangere Frauen in den letzten sechs Wochen vor der voraussichtlichen Entbindung und während sechs Wochen nach der Entbindung gemäß der Konvention von Washington aus der Mutterschaftsliste auf der Liste der staatlichen Krankenversicherung und nicht aus der Arbeitslosenversicherung unterstellt werden sollen, damit sie nicht Steuern zahlen müssen. Denn, wenn der Arzt auch die Frauen im letzten Stadium der Schwangerschaft für arbeitsfähig erklärt, so werden sie doch nichts ausgenommen.

Die viel umstrittene Frage der Arbeitslosenunterstützung an verheiratete Frauen wird ausführlich erörtert. Der Einwand, daß Frauen nach der Heirat Arbeitslosenunterstützung beziehen, ob zwar sie gar nicht mehr die Arbeitslosen sind, wird in die Erwerbsarbeit zurückzuführen, wird durch die Statistik widerlegt.

Der Bericht berührt auch die Frage der Saisonarbeiter und stellt fest, daß es ein Unrecht wäre Saisonarbeiter oder -arbeiterinnen, die, wie z. B. in der Fischindustrie 30 Wochen im Jahr beschäftigt sind, schlechter zu stellen als von der Saison unabhängige Arbeiter, die oft im ganzen Jahr faktisch noch viel weniger beitragspflichtige Beschäftigung haben.

Ferner wird die Beseitigung der privaten Stellenvermittlung angestrebt. Der Innenminister und die Arbeitsministerin der inzwischen abgetretenen Arbeiterregierung hatten geraten, durch ein Mitglied der Labour-Fraktion einen Initiativantrag stellen zu lassen.

Von der Arbeitsvermittlung müsse verlangt werden, daß den Arbeitsuchenden die Einzelheiten der angebotenen Beschäftigung bekanntgegeben werden.

Aus dem Bericht geht hervor, daß es in ganz England im Jahre 1929 28 Kindergärten für proletarische Kleinkinder (von 2 bis 5 Jahren) gab. Dem Betreiben der Arbeiterpartei ist es gelungen, daß seit damals 16 neue errichtet wurden, 23 werden in kurzem eröffnet und weitere 44 sind in Aussicht genommen. Gegenwärtig können in ganz England nur 3076 Kinder in öffentlichen Kindergärten untergebracht werden.

Der Ständige Ausschuss hat auch vom Staatssekretär für Indien gefordert, daß indische Frauen zur Konferenz am Runden Tisch (Round Table Conference) zugezogen werden sollen. Die Funktionärinnen des Ausschusses blieben in engem Kontakt mit den beiden indischen Vertreterinnen und die Rede der Sverin Begum Shah Nawaz an die letzte Konferenz war in der „Labour Woman“ vollständig abgedruckt.

Die Frauen der Arbeiterpartei haben auch der Unterschriften-Sammlung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit für die Abrüstungspetition jede mögliche Unterstützung angedeihen lassen. Mit einem Hinweis auf die Internationale Frauenkonferenz der SWP in Wien und mit einem Nachruf für die Toten, schloß Genossin Phillips ihren Bericht.

Hausfrauenorganisation

Die Frauenbewegung mußte die vollständige berufliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau an die Spitze ihres Kampfes stellen. Ueber das Problem „Hausfrau und Hauswirtschaft“ hat man jahrzehntelang weder gesprochen noch nachgedacht. An der Ueberwindung dieser Einstellung haben verschiedene Ursachen mitgewirkt. Einmal war es die Erkenntnis: eine rationalisierte Produktion erfordert auch einen rationalisierten Markt, und die Hausfrau bestimmt diesen Markt, denn statistische Erhebungen in Wien und in Amerika haben ergeben, daß von hundert einlaufenden Menschen in Wien 80 Frauen und 20 Männer sind, in Amerika sogar 90 Frauen und nur 10 Männer. Deshalb mußte das Studium des Abzuges, die Markterforschung, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der Hausfrauen aufzeigen. Da eine reine Warenzelle mehr an Wirkung eingekauft hat, wurden andere Methoden angewendet, vor allem hauswirtschaftliche Belehrung in zersplitterten Formen, vom Kochvortrag bis zu wissenschaftlichen Vorträgen. Daneben hat die wissenschaftliche Markterforschung aber auch das ernste Problem „Hauswirtschaft“ gefunden, denn wie sollen wir zu einer rationalen, betriebswissenschaftlich aufgebauten Gesellschaft kommen, wenn der Kleinbetrieb „Hauswirtschaft“ so bleibt, wie er ist! Wie der Kleinbäuerliche Betrieb dem Großbetrieb nicht restlos weicht, so wird auch der hauswirtschaftliche Betrieb nicht einfach und restlos vom Großbetrieb abgelöst, denn hier muß ja die unbezahlte Hausfrauenarbeit durch bezahlte und sozial gekaufte Arbeit ersetzt werden.

Diese Entwicklung hat die Volkswirtschaft praktisch und wissenschaftlich zur Erziehung des Haushaltes als sozialer Erziehung geführt, und wenn heute vielfach Normenausschüsse und Rationalisierungsorganisationen auch an die Hausfrauen denken, so geschieht das vor allem, weil der Faktor „Hauswirtschaft“ nicht mehr übersehen werden kann. Aber auch die Frauenbewegung selbst hat die Hausfrau wieder entdeckt. Nicht alle außerhäuslichen Berufe, die die Frauen erobern haben, können Geist und Seele der Frau befriedigen. Die einseitige Arbeit der mechanischen Unternehmungen, ob es nun Werkstätte oder Büro ist, findet bei vielen Frauen nicht jene innere Anteilnahme, die sie für ihren Haushalt empfinden, der ihnen viel mehr persönliches Eigenleben gestattet als die mechanisierte Berufstätigkeit. Deshalb verlassen immer wieder Frauen, sobald sie einen Haushalt und eine Familie haben und es ihre Lebensbedingungen gestatten, ihren Beruf, und selbst junge Mädchen betrachten den Beruf nur als Uebergangsperiode zur hausfraulichen Tätigkeit. Viele Millionen Hausfrauen sind heute nur Hausfrauen. Deshalb setzt sich mehr und mehr die Ansicht durch, daß „Hausfrau sein“ ein Beruf ist. Diese Entwicklungstendenzen haben schon vor einigen Jahren zur Gründung von Hausfrauenorganisationen geführt, die sich in den einzelnen Ländern sehr verschieden entwickelt haben. Diese Hausfrauenorganisationen sind bürgerliche Organisationen, die zum Teil kleinbürgerliche und mittelständische Kreise erfassen. Je mehr aber die Arbeiterbewegung durch Gewerkschaften, Partei und Genossenschaften in diese Kreise eindringt, umso mehr entsteht die Frage, in welcher Form wir Hausfrauenorganisationen aufbauen könnten, die die wirtschaftlichen und persönlichen Interessen der Hausfrauen vertreten und ihnen neue Ziele und Wege weisen.

Dabei darf eines nicht übersehen werden. Die Gewerkschaften geben ihren Mitgliedern, deren berufliche Interessen sie vertreten, einen erweiternden Lebensinhalt, indem sie den Mitgliedern zeigen, wie sie aus ihrer beruflichen Tätigkeit Werte für künftige soziale und wirtschaftliche Gestaltungen der Gesellschaft schaffen können. Die bürgerlichen Hausfrauenorganisationen können solche Ziele nicht finden, weil sie restlos auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung stehen und nicht eine höhere Entwicklung der sozialen Verhältnisse wollen. Die Hausfrau wird durch die neu bestehenden Hausfrauenorganisationen nicht über den engen Kreis der Familie und der Hauswirtschaft hinausgeführt; sie erhält nicht die höhere Weisheit für ihre Berufstätigkeit, die sie allein voll befriedigen kann. Ihr Leben bleibt Einzelkämpfer und wird nicht Massenkampf. Man haben wir heute schon in vielen Ländern eine Hausfrauenorganisation, die zwar ein anderes Gewand trägt, aber den Hausfrauen beides geben kann: praktische Hilfe und Belehrung und dazu neue Ziele und eine höhere Wertung des Hausfrauenberufes. Das sind die gemeinsamen Ziele der Hausfrauenorganisationen, die sich im letzten Jahrzehnt in den meisten europäischen Staaten ent-

wickelt haben. Die Konsumgenossenschaften müßten diese Hausfrauen gewinnen, wenn sie den Markt erobern die neue Grundlage für eine rationalisierte Wirtschaft an wollen. Die Konsumgenossenschaften und die Hausfrauenkreise, die eine andere Gestaltung des wirtschaftlichen Gegenwart wollen, finden sich bei gegenseitigem Verständnis sehr leicht, und beide können durch eine solche Zusammenarbeit gewinnen.

Als Hausfrau arbeitet die Frau wohl immer in der die Gesellschaft, wenn sie ihren Haushalt führt und ihre erteilt. Über die gesellschaftsgehaltende Kraft, die die Wirtschaft haben muß, wenn sie den Hausfrauen höher geben soll, empfängt die Hausfrau doch erst durch die Konsumgenossenschaften. Indem sie ihre Kaufkraft zielbewußt in der bestehenden Wirtschaft in eine auf Bedarfs eingestellte und nach neuen gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen aufgebaute Gesellschaft verwendet, gewinnt sie die Wirtschaft, die ihr als direkte Arbeitsstätte bisher verschlossen geblieben ist. Die Hausfrau und besonders die politische Frau will natürlich auch Anteil an der neuen Zeit im Rahmen Hausfrauenberufes und nicht außerhalb des Berufes in Familie gewinnen. Sie will nicht nur geistig, sie will auch ihren Beruf an der Umgestaltung der Gesellschaft mitteilen. Alles, was heute die bürgerlichen und mittelständischen Frauenorganisationen den Hausfrauen bieten, kann in diese Organisation auch bieten, vom Kochvortrag bis zur gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Erziehung und theoretischen Ziel bis zur Ausprobung neuer Maßnahmen neuer arbeitssparender Apparate. Das weite Gebiet der Ernährung, der Handelsapparate und der Preisbildung, die der neue Ernährungsmethoden und vieles andere kommt in den Bereich der Tätigkeit, die dabei das Ziel, die Hausfrau Trägerin der genossenschaftlichen Organisation zu machen außer Acht lassen darf.

Nur einige Zahlen: in Wien, der Stadt, wo die politische Frauenorganisation der Welt besteht, nicht in sozialistischen Welt, konnte die genossenschaftliche Frauenaktion vom November 1930 bis zum 1. Juni 1931 27 196 Frauen bei hauswirtschaftlichen und anderen Beratungen sammeln. In Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs, 315 Beratungen in einem Jahre statt, fast jeden Tag darunter regelmäßige Zusammenkünfte in einem Hausheim, das die Genossenschaft den Frauen eingerichtet hat, auch hier im Monatsdurchschnitt 1400 bis 2000 Frauen werden konnten. Selbst in kleinen Orten mit 5000 Einwohnern konnte man in einem Vierteljahr 4885 Frauen zusammenkommen, es dort 700 Arbeitslose gibt und kein Betrieb arbeitet. Es würde zu weit gehen, wollten wir verfußt Erfahrungen zahlenmäßig darzustellen, aber gewiß ist: die haben dank dieser Arbeit die Anerkennung der Genossenschaftsbewegung und auch, soweit es möglich ist, und ihren Fähigkeiten, die Partizipation in den Vertretungskörpern erhalten. In den 41 größten Konsumgenossenschaften arbeiten als Mitglieder der Zögabehilfenvereine 2466 Männer und 2592 Frauen der Konsumgenossenschaft Wien sind Frauen im Präsidium, Aufsichtsrat und im Vorstand vertreten, und so ist es in anderen Genossenschaften.

Jedenfalls zeigt diese praktische Erfahrung den Weg Hausfrauenorganisation, die wir wirtschaftlich für die arbeitenden Menschen nutzbar machen können. Nichts unbedacht und gefährlich, als wenn wir dieses Gebiet von den anderen Organisationen überlassen würden, die hauptsächlich die Agenten für private Firmen und für die wirtschaftlichen und politischen Gegner der Arbeiterklasse sind. Wir müssen Frauen nur den Weg ebnen; sie werden ihn dann erfolgreich beschreiten können. Emma Freundlich

Das verhängnisverhütende Mittel

In Deutschland ist es verboten, empfängnisverhütendes Mittel öffentlich anzupreisen, da sie auch beim außerehelichen Geschlechtsverkehr angewendet werden können und Anlaß finden und der außereheliche Geschlechtsverkehr ganz gemein der Unzucht gleichzusetzen ist. Trotz der Chemnitzer Gerichtspräsident Dr. Ziel den Mut, in Urteilsbegründung auszusprechen:

Der außereheliche Geschlechtsverkehr sei keineswegs hin der Unzucht gleichzusetzen, sei mindestens dann nicht widrig, wenn er auf gegenseitiger Zustimmung beruht, und die Empfängnisverhütung als solche entbehre jedweden züchtigen Moments.

Nun bespricht in der „Weltbühne“ J. Franke ein Urteil, das ebenfalls in Chemnitz gefällt wurde. Ein Senat hat sich schnellig bemüht, die Zucht der deutschen gegen die Unzucht der menschlichen Vernunft walden zu lassen und hat eine: Angeklagten wegen „Anpreisung empfängnisverhütender Mittel“ verurteilt; in der Urteilsbegründung heißt es:

Mag auch durch den letzten vierjährigen Weltkrieg den nachfolgenden staatlichen Umsturz in weiten Volks eine sittliche Verwilderung eingerissen und der Sinn für Sittlichkeit untergraben sein, der weitläufig überwiegen der Bevölkerung steht doch auf dem Boden der religiösen Weltanschauung und huldigt einer Sittlichkeit, die in jeder Form verpönt, das unheimliche ausleben verdammt, Zurückhaltung und Enthaltensmaßregeln in schlechtliden Dingen ganz besonders von der Jugend verlangt und Keuschheit als Tugend preist. Wir leben im Zeitalter der „Kameradschaftsese“, welchen Qualitäten als Dekamantel für ein illegitimes Verhältnis zwischen jugendlichen gewährt hat, und sind weit davon. Die sogenannte Kameradschaftsese ist eine Welt, die sich in keinem zivilisierten Land verwirklichen eine solche Einrichtung würde die Abkehr von der Kultur den Rückfall in den animalischen Urzustand bedeuten, und nur auf dem Sumpfboden des Sodomismus kann derartige Emporwachen.

Mag also auch, durch den letzten vierjährigen Weltkrieg den nachfolgenden staatlichen Umsturz ein neues Zeitalter gewonnen haben, die deutsche Zukunft ist weit entfernt davon dem Dekamantel der Sittlichkeit hat sie ein illegitimes Verhältnis zum bösesten Schwachsinn und auf fortzeugend des Schwachsinn gebären — leider gibt es dagegen bisher kein verhängnisverhütendes Mittel.

Alkohollage und Schullehrer

Die Frage des Alkoholismus ist bisher in deutschen Lehrbüchern wenig behandelt worden. In Frankreich wird wüstig ein eigenartiger Versuch gemacht, die Alkoholfrage einzuweisen nach nicht in den offiziellen Lehrbüchern, frei von den Kindern zu leistenden Aufgaben zu behandeln, zwar in einem Sinne, der den Vorkommnissen nicht entspricht. Die Kinder sollen nicht ganz allgemein Sätze etwa wie: „Starke Getränke sind schädlich“ — ähnliche Sätze werden häufig in englischen Schulen gemacht — sondern französischen Kinder sollen lernen, „alkoholische Getränke sie trinken dürfen welche sie meiden sollen. Als schädlich werden, wie wird, vor allem schottischer Whisky, deutscher Weizener Bier genannt. Die französischen Weine dagegen empfohlen.“ (1) Auf diese Weise wird denn gleich der Markt gefördert und die Auslandskonkurrenz unterbunden. Mit Pädagogik scheint dieses einfache Verfahren nicht getun zu haben.